

Gibt es ein asiatisches Entwicklungsmodell? Zur Diskussion über 'asiatische Werte'

Heinz, Wolfgang S.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinz, W. S. (1995). *Gibt es ein asiatisches Entwicklungsmodell? Zur Diskussion über 'asiatische Werte'*. (Berichte / BIOst, 55-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-42151>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

Inhalt

Seite

Kurzfassung

4

1. Wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Südostasien

7

| | |
|--|----|
| 1.1 Einleitung..... | 7 |
| 1.2 Gibt es ein asiatisches Entwicklungsmodell?..... | 8 |
| 1.2.1 Probleme der Entwicklung..... | 9 |
| 1.2.2 Charakteristika und Bestimmungsfaktoren..... | 10 |

2. Die Kontroverse über Menschenrechte, Demokratie und asiatische Werte

11

| | |
|--|----|
| 2.1 Menschenrechte und Demokratie aus der Sicht der Regierungen..... | 14 |
| 2.1.1 Die ASEAN-Menschenrechtserklärung von Kuala Lumpur (1993)..... | 16 |
| 2.1.2 China..... | 17 |
| 2.1.3 Malaysia..... | 18 |
| 2.1.4 Indonesien..... | 18 |
| 2.1.5 Die Philippinen..... | 19 |
| 2.1.6 Singapur..... | 19 |
| 2.1.7 Thailand..... | 20 |
| 2.2 Die Positionen zivilgesellschaftlicher Kräfte..... | 20 |

3. Die Diskussion über asiatische Werte

23

| | |
|---|----|
| 3.1 Innerhalb der ASEAN | 23 |
| 3.2 Zehn Asiatische Werte..... | 25 |
| 3.3 VR China: Die Diskussion über den Neo-Autoritarismus..... | 27 |

| | |
|--|----|
| 4. Verschärft sich der Konflikt zwischen China, ASEAN und dem Westen? | |
| | |
| 30 | |
| 4.1 Konfliktfälle zwischen China, ASEAN und dem Westen..... | 30 |
| 4.2 Gibt es eine westliche Menschenrechtspolitik?..... | 32 |
| 5. Schlußfolgerungen: Asiatische Werte als Antwort auf Herausforderungen des Westens und der eigenen Gesellschaft | |
| | |
| 33 | |
| Summary | |
| | |
| 38 | |

15. September 1995

Die vorliegende Arbeit ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen.

Der Verfasser ist Lehrbeauftragter am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin, Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens.

Redaktion: Klaus Fritsche

Wolfgang S. Heinz

Gibt es ein asiatisches Entwicklungsmodell?

Zur Diskussion über "asiatische Werte"

Bericht des BIOst Nr. 55/1995

Kurzfassung

Vorbemerkung

Der vorliegende Bericht behandelt die Frage nach einem asiatischen Entwicklungsmodell und der Propagierung asiatischer Werte. Nach 1989 gerieten die Regierungen Chinas, Indonesiens, Malaysias und Singapurs zu ihrer Überraschung zunehmend unter den Demokratisierungsdruck von Teilen der eigenen Bevölkerung und des Westens. Unter Verweis auf eigene kulturelle Traditionen lehnen sie Menschenrechte und Demokratie als angeblich westliche Konzepte weitgehend ab und propagieren an ihrer Stelle ihren Kulturen angepaßte, asiatische Werte.

Zu den Quellen gehören Stellungnahmen von Regierungen, Politikern, Nichtregierungsorganisationen (NRO), Interviews, einige programmatische Schriften, Berichte über Konferenzen und Forschungsliteratur.

Ergebnisse

1. Bisher gibt es kein allgemeingültiges asiatisches Entwicklungsmodell, das die wirtschaftliche Entwicklung aller südost- und ostasiatischen Länder erklären könnte. Aber es existieren wirtschaftspolitische Grundelemente eines asiatischen Entwicklungsmodelles, die sich in allen erfolgreichen Ländern, wenn auch in verschiedener Kombination zu unterschiedlichen Zeitpunkten, antreffen lassen. Hierzu gehört eine starke Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, ein Konsens zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft über das Entwicklungsmodell, der Schwerpunkt auf die Exportwirtschaft und die Orientierung am Weltmarkt.
2. Historisch folgten manche Regierungen Ost- und Südostasiens dem westlichen Modell wirtschaftlicher, aber nicht politischer Modernisierung. Einige ASEAN-Länder und China lehn(t)en eine westliche politische Modernisierung, hier verstanden als Schaffung einer pluralistischen Gesellschaft mit echter Parteienkonkurrenz, ab. Sie bestehen unter Verweis auf soziale Mißstände wie Drogenmißbrauch, Verbrechen und Gewalt vor allem in den USA auf einem starken Staat, der die Voraussetzungen für weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung schaffen soll.
3. Politische und ökonomische Stabilität müssen in ihrer Sicht durch Einschränkungen von Menschenrechten und Demokratie sichergestellt werden. Die Vorherrschaft des Staates legitimiert sich durch den absoluten Vorrang wirtschaftlicher Entwicklung vor anderen möglichen Zielen, wie sozialer Gerechtigkeit, politischer Partizipation und dezentralisierter

Selbstverwaltung. Im Falle Chinas weist die Regierung Kritik oder Einmischung des Auslandes zusätzlich mit dem Hinweis auf die Gefahr politischer Instabilität zurück.

4. Für die Ablehnung westlicher Konzepte ist nicht in erster Linie die angeblich mangelnde Universalität der in zahlreichen UN-Dokumenten kodifizierten Menschenrechte verantwortlich, sondern das von den Eliten selbst gewählte Entwicklungsmodell. Zwar werden Vorstellungen über Entwicklung und politische Ordnung von kulturellen Werten mit beeinflusst, aber es sind vor allem die Erfordernisse wirtschaftlicher Entwicklung, die Einschränkungen der Menschenrechte und Demokratie als vorübergehende Folgekosten notwendig machen sollen. Da in bezug auf den Übergang zu mehr Demokratie nicht angegeben wird, wann und wie es hierzu kommen soll, möchten Regierungen und Eliten offensichtlich selbst Zeitpunkt, Form und Rhythmus dieses Überganges bestimmen.
5. Für die Regierungen entstehen aus diesen Konzepten keine Legitimationsprobleme. Angesichts des hohen Wirtschaftswachstums in den meisten Ländern ist dies auch nicht zu erwarten. In Zukunft könnte mangelnde Legitimation dann zu einem Problem werden, wenn das Wachstum zurückgeht bzw. Verteilungskonflikte stärker werden.
6. Die Konzepte von Demokratie und Menschenrechten werden für Politik und Gesellschaft als unasiatisch erklärt. Die gegenwärtigen Regierungssysteme seien völlig angemessen. Besonders Lee Kuan Yew, Staatsminister in Singapur, betonte wiederholt, in Südostasien ginge es nicht so sehr um Demokratie, sondern um eine verantwortungsvolle, d.h. um eine transparente und nicht korrupte Regierung. Bei ihm und anderen Politikern ersetzt "good government" die Frage nach der Legitimation und Kontrolle von Regierungen.
7. Asiatische Werte und ihre Instrumentalisierung lassen sich als Startvorteile wirtschaftlicher Entwicklung begreifen, dürften aber auch bei der Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle spielen. Zunehmend wird deutlich, daß neo-konfuzianische Konzepte im Mittelpunkt der neuen asiatischen Werte stehen sollen. Da den asiatischen Werten die Ablehnung des westlichen Konfliktmodells Individuum/Staat zugrundeliegt, fehlt in asiatischen Diskussionsbeiträgen oft die Problematisierung des Verhältnisses von Staat und (Zivil-)Gesellschaft.
8. Die Diskussion über asiatische Werte trägt auch defensiven Charakter, weil den Eliten zunehmend die schwer kontrollierbaren gesellschaftlichen Auswirkungen schneller wirtschaftlicher Entwicklung bewußt werden. Sie verweist auf das Grundproblem aller sich industrialisierenden und industrialisierten Länder, die heute ohne Rückgriffsmöglichkeiten auf Religionen und Vorschriften über gute Gesellschaft und Staat ihren eigenen Weg zu Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und zur Entwicklung gesellschaftlicher Werte finden müssen. Sie können dies nur, wenn es auch für zivilgesellschaftliche Kräfte in Südostasien frei von Zwang möglich ist, über entsprechende alternative Modelle zu diskutieren und in der Gesellschaft um Unterstützung für das "richtige" Modell zu konkurrieren. In diesem Sinn kann die Kontroverse über asiatische Werte zu einer Chance für eine offene Diskussion über den zukünftigen Entwicklungsweg in Asien werden.

1. Wirtschaftliche Entwicklung in Ost- und Südostasien

1.1 Einleitung

Der Zusammenbruch des Kommunismus in Europa 1989 hat in Asien zu politischen Veränderungen geführt, die sich auch auf die Beziehungen zum Westen auswirken. Die Kontroverse über Menschenrechte und Demokratie ist zu einem prominenten Konfliktthema in den Beziehungen zwischen der VR China, ASEAN, Westeuropa und den USA geworden. Die Regierungen Chinas, Singapurs und Indonesiens äußern sich kritisch zur Universalität von Menschenrechten und Demokratie, die sie beide in westlichen Erfahrungen verankert sehen und die deshalb für Asien kaum oder keine Geltung beanspruchen könnten. Sie halten dem Westen eigene Vorstellungen asiatischer Werte entgegen, die sie aus der Geschichte und der gegenwärtigen Entwicklung ihrer Länder ableiten. Andererseits werden auch im Westen Stimmen laut, die ihn von einem islamischen und konfuzianischen Block bedroht sehen.¹ Handelt es sich bei der Diskussion über das asiatische Entwicklungsmodell überwiegend um einen Zusammenstoß zwischen Kulturen oder zwischen Regierungen, oder aber um normale Spannungen zwischen dem Westen und der wirtschaftlich erfolgreichsten Ländergruppe des Südens, die, ähnlich wie Deutschland und Japan, nach einer politischen Rolle sucht, die ihrem Gewicht in der Weltwirtschaft entspricht?

In Mittelpunkt der Studie steht eine Darstellung der Hauptlinien der Diskussion und deren kritische Analyse. In ihr wird zwischen den Positionen Indonesiens, Malaysias und Singapurs und Chinas unterschieden, da China aufgrund seiner Kultur und seines politischen Gewichtes einen eigenen Platz in der Kontroverse mit dem Westen einnimmt. Andere ASEAN-Staaten² haben in der Diskussion keine Rolle gespielt (Brunei), nehmen weitgehend westliche Positionen ein (die Philippinen) oder waren nur am Rande beteiligt (Thailand, Vietnam).

Es geht in dieser Studie nicht primär um aktuelle Probleme der Demokratie und Menschenrechte in diesen Ländern³ oder um die wichtige Frage, was westliche Politik aus der Kontroverse lernen und in Politik umsetzen kann.⁴

Im ersten Kapitel werden Entstehung, Charakteristika und Bestimmungsfaktoren des asiatischen "Entwicklungsmodells" umrissen. In Kapitel 2 wird die "ideologische" Diskussion nachgezeichnet, die kurze Zeit nach 1989 mit der Kontroverse über Menschenrechte und Demokratie begann, und die zur Diskussion über asiatische Werte führte. Argumente der asiatischen Regierungen und

¹ Vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs*, Bd. 72, Nr. 3, 1993, S. 22-49 und die Diskussion in den Folgeausgaben.

² Mitglieder der ASEAN sind Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam.

³ Vgl. Wolfgang S. Heinz/Werner Pfennig, *Widerstand gegen Demokratie und Menschenrechtsinterventionen in ASEAN-Ländern*, in: *Demokratieexport in die Länder des Südens?*, hrsg. von Rolf Hanisch, Opladen, i.V.

⁴ Vgl. hierzu Sebastian Heilmann, *Die Menschenrechtsfrage und die westliche China-Politik*, in: *Europa-Archiv*, Nr. 19, 1994, S. 553-559; ders. *China, der Westen und die Menschenrechte*, in: *China aktuell*, Februar 1994, S. 145-151; Rüdiger Machetzki, *Keine Angst vor der Arroganz*, in: *ZEIT-Punkte*, Nr. 4, 1995, S. 27-29; Hans H. Bass, *Argumente für einen Menschenrechtsdialog mit China*, Bremen 1995 und Geoffrey Robinson, *Human Rights in Southeast Asia*, in: *Southeast Asia in the 'New World Order': The Political Economy of a Dynamic Region*, hrsg. von David Wurfel/Bruce Bruton, i.V.

zivilgesellschaftlicher Kräfte¹ werden vorgestellt und kritisch hinterfragt. Die Reaktionen und Positionen von Opposition und Zivilgesellschaft stehen hier im Mittelpunkt, wobei es z.T. schwierig zu bestimmen ist, wie repräsentativ einzelne Äußerungen für die Gesellschaft insgesamt sind. In Kapitel 3 wird dann auf die Versuche der Regierungen eingegangen, eine Begründung "asiatischer Werte" zu geben.

In Kapitel 4 wird der Frage nachgegangen, warum der Konflikt zwischen China/ASEAN und dem Westen in den letzten Jahre so stark zugenommen hat. Auch wird die asiatische Kritik diskutiert, ob der Westen die Menschenrechtsfrage zur Durchsetzung eigener wirtschaftlicher und politischer Interessen benutzt. Abschließlich folgen in Kapitel 5 die Schlußfolgerungen.

Bei diesem Thema kann nicht auf zwei oder drei Standardtexte zurückgegriffen werden, sondern die Themen müssen von den Quellen her erschlossen werden. Hierzu gehören Stellungnahmen von Regierungen, Politikern, NRO, Interviews, einige programmatische Schriften, Berichte über Konferenzen und Forschungsliteratur.²

1.2 Gibt es ein asiatisches Entwicklungsmodell?

Wenn heute über ein asiatisches Entwicklungsmodell gesprochen wird, so betrifft diese Diskussion nur acht von über dreißig Volkswirtschaften in Asien. Die im Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) zusammengeschlossenen Länder sowie Taiwan, Südkorea und Hong Kong (zusammen mit Singapur die "vier kleinen Tiger") haben seit den sechziger Jahren gezielt eine Politik der Integration in den Weltmarkt betrieben. Zu diesem Zeitpunkt spielten die angeblich notwendigen politischen Voraussetzungen des "Wirtschaftswunders", ein autoritäres System und konfuzianisches Wertesystem, nur am Rande eine Rolle. Im Gegenteil, Forscher sahen im Konfuzianismus eine entwicklungshemmende, wenn nicht eine entwicklungsverhindernde Kraft.

Im zeitlichen Ablauf lassen sich drei Phasen unterscheiden. Als erstes gelang es dem besiegten Japan in den sechziger Jahren zum Wirtschaftsmodell Ostasiens aufzusteigen. Hier war es eine Demokratie, die ein hohes Maß an wirtschaftlicher Entwicklung erreichte, auch wenn die Demokratisierung des Landes auf den militärischen Zusammenbruch und die amerikanische Besetzung folgte. In den Jahren 1980 bis 1992 wuchs das japanische Bruttonationaleinkommen (BSP) jährlich um durchschnittlich 4,1%.³

In der zweiten Phase begann der Entwicklungsschub der "vier Tiger", Hong Kong, Südkorea, Singapur und Taiwan. Sie begannen ihr Wirtschaftswachstum Ende der sechziger Jahre mit autoritären Systemen (wobei die Kronkolonie Hongkong ein Sonderfall ist), und Südkorea und Taiwan setzten es seit mehreren Jahre unter demokratischen Regierungen fort. Für 1980-92 gelang ihnen ein weit höheres BSP-Wachstum als den OECD-Staaten: Hong Kong 6,7%, Südkorea 9,4%, Singapur 6,7% und Taiwan 10,6%. Chinas Zuwachs des BSP betrug 9,1%. In den letzten Jahren

¹ Hiermit sind Kräfte gemeint, die außerhalb des staatlichen Verwaltung und der politischen Parteien mit dem Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Interessenvertretung politisch aktiv werden, z.B. Berufsorganisationen, Gewerkschaften, Universitäten und Nichtregierungsorganisationen (NROs).

² Ich danke Werner Pfennig, Gunter Schubert und Klaus Fritsche für Anregungen zu einer früheren Fassung dieses Beitrages.

³ Daten nach Far Eastern Economic Review, Asia 1995 Yearbook, Hong Kong 1995, S. 14f.

haben die Schwellenländer Indonesien, Malaysia und Thailand für 1980-92 ein Wirtschaftswachstum von 5,7%, 5,9% und 10,6% erreicht. Hier handelt es sich überwiegend um formale Demokratien, wobei das Militär in Indonesien eine besonders dominante Stellung einnimmt.

Gemessen an makroökonomischen Indikatoren, wie vor allem dem Zuwachs des Bruttosozialproduktes und der geringen Inflation (Ausnahme: die Philippinen) sind ASEAN und China zur erfolgreichsten Ländergruppe des Südens geworden. Zwischen 1980 und 1992 lag ihr BSP-Wachstum im Durchschnitt mindestens zweimal so hoch wie bei den OECD-Ländern. In China betrug es 1994 knapp 12%.

Die ASEAN-Länder und China gehen von einem Entwicklungsbegriff aus, der auf der Nachahmung des westlichen Entwicklungsweges beruht. Seine Grundelemente sind Wirtschaftswachstum, Industrialisierung, wirtschaftliche und soziale Modernisierung, freie Marktwirtschaft, Integration in den Weltmarkt, aber auch ein deutlicher Trend zur Verstärkung der ungleichen Einkommensverteilung (gemessen am Einkommensanteil der reichsten und ärmsten 20% der Bevölkerung). Es ist ein Modell, das in seiner Kostenseite auf Belastungen für die Umwelt kaum Rücksicht nimmt und keine Vorstellung von dem möglichen Fortbestehen "nicht-integrierter" lokaler Kulturen und Gesellschaftsmodelle hat. Deshalb diskutieren viele Nichtregierungsorganisationen (NROs) immer stärker die Frage, welche Entwicklung denn zu befürworten sei: Entwicklung vor allem des Staates oder der Gesellschaft, Entwicklung für wen und auf wessen Kosten?'

1.2.1 Probleme der Entwicklung

Makroökonomische Kennzahlen reichen allein zur Beurteilung des Erfolges eines Entwicklungsmodells nicht aus. Wirtschaftliche und soziale Probleme, die durch das Modell (mit-)verursacht werden und in politische Spannungen umschlagen können, müssen in das Bild mit einfließen. Zu ihnen gehören u.a. zunehmende Umweltbelastungen, schlechte bis katastrophale Arbeitsbedingungen in bestimmten Branchen (einschließlich dem Problem der Gefängnisarbeit in China) und die steigende Binnenwanderung von ca. 100-150 Mio. Menschen in China; kurz, viele Faktoren, die auch den europäischen Industrialisierungsprozeß kennzeichneten, der mit einem beträchtlichen Massenelend verbunden war.

Die UN-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) betonte in einem Bericht an die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien:

Die kontinuierlichen Zuwachsraten in der Mehrheit der ESCAP-Länder in den letzten zwanzig Jahren stehen im scharfen Kontrast zu dem langsamen sozialen Fortschritt. Viele Länder der Region sind auch weiterhin charakterisiert durch weitverbreitete Armut, besonders absolute Armut; hohes Bevölkerungswachstum; unkontrollierte Umweltverschmutzung und Erschöpfung der Naturressourcen; eine unzureichende soziale Infrastruktur, einschließlich des allgemeinen Zugangs zu Trinkwasser, einfacher sanitärer Versorgung, fundamentaler Gesundheitsversorgung, Wohnung, Transport u.ä. und den unzureichenden Genuß fundamentaler Menschenrechte und politischer Freiheiten.²

¹ Vgl. Asian Cultural Forum on Development (Hrsg.), Our Voice. Bangkok NGO Declaration on Human Rights, Bangkok 1993.

² United Nations, Status of Preparation of Publications, Studies and Documents for the World Conference on Human Rights, Contribution from the Economic and Social Commission for Asia and the Pacific (ESCAP), UN doc. A/CONF. 157/PC/61/Add. 7, S. 6. (Alle Übersetzungen durch den Verfasser)

Alle diese Entwicklungen, so heißt es in dem Bericht, führten in einigen Ländern zu spontanen Protesten und zu Unterdrückungsmaßnahmen durch den Staat. Gemessen an Einkommen, Beschäftigung und Reichtum an Land hat sich die Schere zwischen arm und reich weiter geöffnet. Die daraus entstehenden Spannungen tragen in vielen Ländern zu politischer Instabilität bei, mit der Folge von Massenprotesten und Gewaltaktionen.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis:

Armut, hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, erhebliche Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung, unzureichender Zugang zu sozialer Grundversorgung, und ein allgemeines Gefühl des Pessimismus gegenüber den Möglichkeiten einer Verbesserung der Situation haben zu dem hohen Grad an Dissens und zu gesellschaftlichen Spannungen beigetragen, die in verschiedenen Ländern der Region existieren.¹

Mit dieser Bewertung wird das Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und der Verteilung des neu erworbenen Reichtums deutlich, aber auch die Belastungen gesellschaftlicher Entwicklung durch eine staatlich behinderte politische und soziale Partizipation.

1.2.2 Charakteristika und Bestimmungsfaktoren

Die umfassendste Untersuchung des asiatischen Entwicklungsweges hat die Weltbank mit Unterstützung der japanischen Regierung vorgenommen.² Ihre Analyse zielt naturgemäß auf die Wirtschaftspolitik und die Rolle des Staates. Die hier interessierenden politischen Rahmenbedingungen einschließlich politische Kultur und gesellschaftliche Wertvorstellungen, bleiben ausgeklammert, wahrscheinlich aufgrund der offiziellen Neutralität der Institution.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß für den Erfolg die Politikrichtlinien der Regierungen und nicht die Umstände von Geographie, Geschichte und Kultur entscheidend waren.³ Starke Institutionen wie eine gut qualifizierte Beamtenschaft, die vor politischer Einflußnahme geschützt ist, werden als wichtiger Faktor genannt.⁴ Vor allem die Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft habe die institutionelle Basis für das Wachstum geschaffen und nicht die autoritäre Natur der Institutionen in der Region.⁵

Zusammenfassend heißt es, die richtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierungen waren für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich. Hierzu gehörten:

- die Förderung eines hohen nationalen Sparaufkommens, kombiniert mit der Ausbildung von Humankapital, gutem makroökonomischen Management und geringen Preisverzerrungen als Basis,
- ein besserer Zugang zu moderner Technologie durch ausländische Direktinvestitionen und

¹ Ebda, S. 7.

² Vgl. John Page u.a., The East Asian Miracle: Economic Growth and Public Policy, New York 1993; World Bank, The East Asian Miracle. Summary, Washington, D.C. 1993. Siehe auch Balasaa, B., The Lessons of East Asian Development; An Overview, in: Economic Development and Cultural Change, Bd. 36, Nr. 3, 1988, S. 274-276; John Page, Das ostasiatische Wirtschaftswunder: Die Schaffung einer Wachstumsbasis, in: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 4, 1994, S. 2-5; Danny M. Leipziger/Vinod Thomas, Die Wurzeln des ostasiatischen Erfolges, in: Finanzierung und Entwicklung, Nr. 4, 1994 4, S. 6-9. Kritisch hierzu Robert A. Manning/Paula Stern, The Myth of the Pacific Community, in: Foreign Affairs, Bd. 73, Nr. 6, 1994, S. 79-93 und Paul Krugman, The Myth of Asia's Miracle, in: Foreign Affairs, Bd. 73, Nr. 6, 1994, S. 62-78.

³ World Bank, The East Asian Miracle. Summary, Washington, D.C. 1993, S. 8.

⁴ Ebda, S. 11f.

⁵ Ebda., S. 16.

- Lizenzen als Voraussetzung für schnellen Produktivitätszuwachs,
- der Vorrang makroökonomischer Stabilität,
 - vorsichtige Interventionen des Staates, um das Wachstum zu beschleunigen und
 - wichtige staatliche Maßnahmen zur Exportförderung.¹

Der politische Pragmatismus der Regierungen in der Wirtschaftspolitik wird zwar hervorgehoben, aber gleichzeitig die Verbindung zu den politischen Rahmenbedingungen offengelassen:

Wir haben noch nicht völlig herausgefunden, warum Regierungen mit diesen Volkswirtschaften eher bereit und fähiger als andere waren, zu experimentieren und sich Entwicklungen anzupassen; die Antworten gehen über die Wirtschaft hinaus und umfassen das Studium der Institutionen, und der damit zusammenhängenden Themen von Politik, Geschichte und Kultur. Wenn man solche Fragen berücksichtigt, kompliziert dies eher die Aufgabe von Entwicklung, als daß sie sie leichter machen würde.²

In der Tat, bis heute ist der Stellenwert der politischen Rahmenbedingungen für die Entwicklungserfolge in Asien umstritten. Einige Beobachter, vor allem in der Region, sehen sie als notwendige und hinreichende Bedingung für den Erfolg des Modells an, andere sehen in ihnen einen sekundären oder sogar peripheren Faktor.³ Die Unterschiede in der Bewertung können auch hier nicht aufgelöst werden. Indes ist festzuhalten, daß Regierungen und Eliten und die sie unterstützenden Intellektuellen⁴ das politische System als wichtig(st)e Erklärungsvariable für den Wirtschaftserfolg anführen, und dadurch auch in Zukunft eine starke Rolle für Eliten und Staat zu legitimieren suchen. Diese Argumentation hat sich in den letzten Jahren verstärkt in der Forderung nach der Verwirklichung asiatischer Werte ausgedrückt.

2. Die Kontroverse über Menschenrechte, Demokratie und asiatische Werte

In Asien gibt es nuancierte Positionen zu dem Verhältnis zwischen Entwicklung und Demokratie, d.h. vor allem zu der Frage, welches Ziel im Zweifel Vorrang hat. Die Positionen von Präsident Suharto (Indonesien), Staatsminister Lee Kuan Yew (Singapur) und Ministerpräsident Mahathir (Malaysia) lassen sich gut mit der Feststellung des südkoreanischen Präsidenten Kim Young-Sam kontrastieren, daß "Demokratie und Wirtschaftsentwicklung die beiden Räder sind, die den Wagen vorwärts bewegen."⁵

Die Kontroverse über Menschenrechte, Demokratie und asiatische Werte entstand nicht zufällig. Mehrere Faktoren haben entscheidend zu ihrer Entstehung beigetragen und den Staaten Asiens gezeigt, daß sie ihren eigenen Entwicklungsweg und sicherheitspolitische Prioritäten definieren müssen, mit oder ohne die USA.:

- das sich Bewußtwerden der überragenden eigenen Wirtschaftsleistungen und die Suche nach einer entsprechenden politische Rolle,
- der Gedanke einer pazifischen Wachstumszone als zukünftiges Zentrum der Weltwirtschaft,
- der Zusammenbruch des europäischen Kommunismus 1989,

¹ Ebda., S. 32f.

² Ebda., S. 32.

³ Für einen interessanten Vergleich mit den islamischen Ländern siehe Dieter Weiss, Entwicklung als Wettbewerb der Kulturen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/1995, S. 3-10.

⁴ Von Rüdiger Machetzki etwas hart als alimentiertes Miethirn-Establishment bezeichnet (Machetzki, a.a.O., S. 28).

⁵ Vgl. das Interview mit dem koreanischen Präsidenten in FEER, 24. Juni 1993, S. 20.

- die Ereignisse von Tiananmen 1989 und
- die sich verringende Präsenz der USA im sicherheitspolitischen Feld.

Als der Westen nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus' und Wegfall des Ost-West-Konfliktes sich zunehmend für die Unterstützung weltweiter Demokratisierungsbemühungen interessierte und hierfür auch Entwicklungskonditionalität einsetzte, überraschte dies die ASEAN und China.¹ Immer stärker wurden sie zum Gegenstand westlicher Kritik: Menschenrechtsverletzungen, Demokratiedefizite, Umweltzerstörung und unzureichende Arbeitsbedingungen in der Industrieproduktion (Sozialklausel) sind nur die wichtigsten Beispiele für die kontinuierlich geäußerte Kritik. "Westliche Kritik" schließt hier neben Regierungen auch Medien und nationale sowie internationale NROs ein.

Das Gefühl der Gleichrangigkeit und zunehmend auch der Überlegenheit gegenüber den westlichen Industriestaaten verlangte nach einer Antwort auf die als Bevormundung angesehene Kritik, deren Träger weder wirtschaftlich noch politisch ihre frühere Vorbildrolle beanspruchen können. Kritik an Menschenrechts- und Demokratiedefiziten wurde als Einmischung und als irrelevant, da kulturfremd, abgewehrt. Dies geschah zuerst in der Form, daß beide Begriffe nur soweit akzeptiert wurden, wie sie mit den Traditionen der Länder übereinstimmten. Heute wird ihre Anwendbarkeit für asiatische Länder weitgehend abgelehnt. Ohnehin sind es immer Regierungen, die sich zur Vereinbarkeit von Demokratie und Menschenrechten mit asiatischen Kulturen äußern.

Die Kontroverse wird auf vier Ebenen geführt:

- zwischen asiatischen und westlichen Regierungen,
- zwischen NROs und Wissenschaftlern im Süden und Norden.
- zwischen Regierungen und den Vertretern der Zivilgesellschaft in Asien sowie
- zwischen verschiedenen Gruppen und NROs innerhalb der Zivilgesellschaft eines Landes.

Besonders auf den letzten beiden Ebenen fehlt es noch erheblich an Freiraum für Diskussion, so daß die Kontroverse in der Öffentlichkeit als eine Auseinandersetzung zwischen Regierungen in Asien und dem Westen erscheint.

Der dabei für manche ASEAN-Staaten benutzte Begriff einer "formalen Demokratie" bezieht sich auf die Behinderungen der Oppositionsparteien, der Medien und anderer, kritischer gesellschaftlicher Kräfte durch Gesetze und in der politischen Praxis. In China ist er nicht anwendbar, weil es dort keine Demokratie gibt. In den Ländern mit formaler Demokratie zeigen sich die Einschränkungen in den umfassenden exekutiven Vollmachten:

- einem extrem regierungsfreundlichen Mehrheitswahlsystem,
- der weitgehenden de facto Kontrolle der Medien,
- einer schwachen, nicht unabhängigen Justiz und
- der Internierung ohne Verurteilung (Internal Security Acts).

Ein Beispiel für das Wahlrecht bietet die folgende Übersicht (siehe nächste Seite) über die Beziehung zwischen Wahlergebnissen und parlamentarischer Vertretung in Singapur (auf die mannigfaltige Behinderung und politische Verfolgung, von denen die wenigen Oppositionsabgeordneten betroffen waren, kann hier nicht eingegangen werden):

¹ Natürlich stellen Demokratie und Menschenrechte nur eines von mehreren außenpolitischen Interessen wie Wirtschafts- und Sicherheitspolitik dar, die sich beide oft als gewichtiger erwiesen. Dies ändert aber nichts an der allgemeinen Stoßrichtung und der Art, wie diese neue Politik in der Region wahrgenommen wurde.

Bei den Medien verfügen die Regierungen über starke exekutive Vollmachten, ihr Erscheinen zeitweilig zu suspendieren oder sie ganz zu schließen. Der malaysische Ministerpräsident Mahathir hat sich wiederholt gegen die Medien ausgesprochen, die niemand "wählen" würde und daher keine Legitimation beanspruchen könnten.² Vereinsgesetze, die Societies Acts, geben dem Staat die Möglichkeit, mißliebige NROs gar nicht erst zuzulassen bzw. nach der Zulassung strikt zu kontrollieren, einschließlich in der Frage der finanziellen Unterstützung aus dem Ausland. Auch die faktische Kontrolle des States über die Gewerkschaften in Singapur muß in diesem Zusammenhang genannt werden.

² Vgl. das Interview mit Premierminister Mahathir in: FEER 7.4.1994, S. 20.

| Singapur: Ergebnisse der Parlamentswahlen, 1968-88 ¹ | | | | |
|---|-------------------------|---------------------------------|---------------|----------------------|
| Jahr | % der Stimmen gegen PAP | Anzahl der Sitze der Opposition | Sitze der PAP | Gesamtzahl der Sitze |
| 1968 | 15,75 | 0 | 58 | 58 |
| 1972 | 30,98 | 0 | 65 | 65 |
| 1976 | 27,6 | 0 | 69 | 69 |
| 1980 | 24,45 | 0 | 75 | 75 |
| 1984 | 37,06 | 2 | 77 | 79 |
| 1988 | 38,24 | 1 | 80 | 81 |

2.1 Menschenrechte und Demokratie aus der Sicht der Regierungen

Die Kontroverse über Menschenrechte und Demokratie ist in der Diskussion meist eng miteinander verbunden, so daß im folgenden eine Aufgliederung nach beiden Begriffen künstlich wäre. Um die Unterschiede zu Asien deutlich zu machen, ist es sinnvoll, die Hauptelemente des westlichen Menschenrechtsverständnisses kurz zusammenzufassen. Es beinhaltet: die Anerkennung der universalen Menschenrechtsstandards, deren internationaler Überwachung durch die Vereinten Nationen und die Akzeptanz von Ermittlungen durch private Menschenrechtsorganisationen (dennoch gibt es natürlich auch in westlichen Ländern Menschenrechtsverletzungen). Generell liegt

¹ PAP steht für People's Action Party, die Regierungspartei. Bei den Wahlen 1968 fand ein Boykott der Opposition statt. Nur in sechs Wahlkreisen wurden Oppositionskandidaten aufgestellt. (Siehe Christopher Tremewan, *The Political Economy of Social Control in Singapore*, New York 1994, S. 182)

die Betonung auf dem Schutz politischer und bürgerlicher Rechte, während die Gewährleistung wirtschaftlicher und sozialer Rechte von deutlich geringerer Bedeutung ist.

Seit Jahrzehnten diskutieren Regierungen, Forscher und NROs, ob und inwieweit internationale Menschenrechtsnormen Anspruch auf Universalität erheben können.¹ Der politische Hintergrund dieser Diskussion ist wichtig, weil es um die Frage geht, ob Menschenrechtsnormen weltweit gelten können und sollen. Im asiatischen Fall wird diese Debatte besonders mit Blick auf die Vereinbarkeit von Menschenrechten mit Islam, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus geführt, wobei hier die soziologische und politologische Dimension des Problems betrachtet wird; völkerrechtlich sind auch die asiatischen Länder als UN-Mitgliedsstaaten nach der UN-Charta, Art. 1 und 55, zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet.

Im Vorfeld der Wiener UN-Menschenrechtskonferenz 1993 bestritten die Regierungen Indonesiens, Singapurs und Chinas die Universalität der Menschenrechte. Sie bestanden darauf, Menschenrechte könnten nur abhängig von den jeweiligen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen des betreffenden Landes verwirklicht werden und wandten sich gegen eine Kritik des Auslandes an Menschenrechtsverletzungen in ihren Ländern.² Diese wurde als "Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates" bezeichnet, die nach Art. 2 Abs. 7 der UN-Charta verboten sei, dies, obwohl die Vereinten Nationen den Schutz der Menschenrechte als eine gemeinsame, internationale Verantwortung akzeptieren und dieser Standpunkt auch in der Schlußerklärung der UN-Menschenrechtskonferenz 1993 von 171 Regierungen bestätigt wurde.

Bereits auf dem Vorbereitungstreffen der asiatisch-pazifischen Staaten zur Wiener Konferenz verabschiedeten die Regierungen 1993 die "Erklärung von Bangkok". Zu den wichtigsten Punkten gehören:

- Der Staat ist primär für die Förderung der Menschenrechte verantwortlich;
- ihre weitere Förderung soll durch internationale Kooperation, nicht aber durch Konfrontation erfolgen;
- der Versuch, Entwicklungshilfe und Handel an die Durchsetzung der Menschenrechte zu binden, wird abgelehnt;
- die Haupthindernisse für die Verwirklichung von Menschenrechten und Entwicklung liegen auf makroökonomischer Ebene;
- es darf keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten geben;
- nationale Institutionen zum Schutz der Menschenrechte sollen geschaffen werden. Ihre Gründung und Struktur sind am besten den Regierungen zu überlassen.³

¹ Vgl. Adamantia Pollis/Peter Schwab (Hrsg.), Human Rights. Cultural and Ideological Perspectives, New York 1980, Ludger Kühnhart, Die Universalität der Menschenrechte, Bonn 1987 und Claude E. Welch, Jr./Virginia A. Leary (Hrsg.), Asian Perspectives on Human Rights, Boulder u.a. 1990.

² Vgl. statt vieler: Bilahari Kausikan, Asia's Different Standard, in: Foreign Policy, Nr. 92, 1992, S. 24-41; Aryeh Neier, Asia's Unacceptable Standard, in: Foreign Policy, Nr. 92, 1992, S. 42-51; Thomas Heberer, Das Interesse an Entwicklung rechtfertigt nicht ein autoritäres Regime, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Juli 1993, S. 9; Yash Ghai, Human Rights and Governance: The Asia Debate, Center for Asia-Pacific Affairs/The Asia Foundation, 1994; Rüdiger Machetzki, Kultur und Wirtschaftserfolg in Südostasien, in: Jahrbuch Dritte Welt 1995, hrsg. von Joachim Betz/Stefan Brüne München 1994, S. 150-171; Wolfgang S. Heinz, Die Kontroverse über Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung zwischen den Regierungen des Westens, Chinas und der ASEAN-Staaten, in: Internationales Asienforum, Bd. 25, Nr. 1-2, 1994, S. 23-40.

³ Der Text der Erklärung findet sich in Asian Action (Bangkok), April-June 1993, S. 18-24. Japan war isoliert, da es weitgehend westliche Positionen vertrat und dies auch so wahrgenommen wurde.

2.1.1 Die ASEAN-Menschenrechtserklärung von Kuala Lumpur (1993)

Nur vier Monate nach der Wiener Konferenz verabschiedete die ASEAN Inter-Parliamentary Organisation (AIPO) eine eigene Menschenrechtserklärung, die sich zwar in der Präambel zur Wiener Schlußerklärung und dem Aktionsprogramm bekennt, sich aber dennoch deutlich von ihr unterscheidet.¹

In der Präambel, so heißt es in den Worten der AIPO, erkennen die Völker der ASEAN an, "daß die Menschenrechte in zweifacher Hinsicht in Einklang miteinander stehen, und zwar diejenigen, die sich auf Rechte und Pflichten des Einzelnen beziehen, und diejenigen, die die Pflichten der Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und dem Staat regeln." Nach Artikel 1 tragen alle "Menschen ... individuell und gemeinschaftlich die Verantwortung für ihre Beteiligung an einer ganzheitlichen Entwicklung, wobei dem Erfordernis der Achtung der Menschenrechte und der Pflichten gegenüber der Gemeinschaft Rechnung getragen werden muß. Ein ausgewogenes Verhältnis der Individualrechte und der Rechte der Gemeinschaft ist der Freiheit, dem Fortschritt und der nationalen Stabilität förderlich." Namentlich werden genannt die Menschenrechte auf Leben, Eigentum, Freiheit und Sicherheit der Person, Gedanken-, Meinungs- und Gewissensfreiheit, die gesetzlichen Einschränkungen unterworfen werden können. Die Verletzung dieser Grundrechte, so Artikel 10, muß in Übereinstimmung mit dem Gesetz geahndet werden.

Jeder Mitgliedsstaat habe das Recht auf Entwicklung, das auf seinen eigenen Zielen, ohne Einmischung von außen, basiere. Die Anwendung von Menschenrechtskriterien in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der Entwicklungspolitik wird abgelehnt. Das Eintreten und der Schutz der Menschenrechte "muß im Rahmen der Regeln der internationalen Zusammenarbeit stattfinden, die auf dem Respekt für die nationale Souveränität und der Nicht-Einmischung in die Angelegenheiten von Staaten basiert" (Art. 4). Das Recht auf freie Meinungsäußerung beinhaltet nach Artikel 12 auch Pflichten und Verantwortlichkeiten, die jedoch nicht weiter ausgeführt werden. Artikel 18 sieht vor, daß jeder Mitgliedsstaat angemessene wirtschaftliche, soziale, politische, technische und kulturelle Maßnahmen ergreifen soll, um das Ziel der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit zu erreichen (Art. 18). Mitgliedsstaaten und ihre Bürger sollen darauf hinarbeiten, die Rechte und Pflichten der Erklärung zu erfüllen, "mit dem einzigen Vorbehalt der Übereinstimmung dieser Rechte und Pflichten mit den Erfordernissen von Moral, öffentlicher Ordnung und des allgemeinen Wohlergehens der Gesellschaft" (Art. 22). Eine regionale Einrichtung zur Überwachung der Menschenrechte wird in Artikel 21 angekündigt, ist aber bisher noch nicht geschaffen worden.

Die Erklärung ist ein deutlicher Versuch, die Positionen von ASEAN in einer eigenen, von der UN unabhängigen Erklärung zu definieren. Ihre plötzliche Verabschiedung wurde ohne vorherige öffentliche Diskussion in den Ländern selbst vorgenommen. Sie gibt asiatische Werte wieder, insofern Rechte und Pflichten des Staates und des Einzelnen miteinander verbunden werden. Sie weicht in dieser Hinsicht von den UN-Erklärungen ab. Die wenigen Grundrechte werden durch einen allgemeinen Gesetzesvorbehalt (Rechte können durch Gesetz abgesprochen werden) und die Einschränkungen in Artikel 22 wieder unter Vorbehalte gestellt, die sich allerdings z.T. auch in UN-

¹ Menschenrechtserklärung der ASEAN Inter-Parliamentary Organisation, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 11, 1993, S. 47-49.

Erklärungen finden. Die bereits in Wien geäußerte These einer notwendigen Balance zwischen den Rechten und Pflichten des Einzelnen und der Gesellschaft wird aufgenommen.

2.1.2 China

In China lassen sich historisch nur selten Ansatzpunkte für die Diskussion von Demokratie und Menschenrechten finden. Beispiele sind die Debatten bei der Ausrufung der Republik 1911 und über den Import von Demokratie und Wissenschaft aus dem Westen 1919. Menschenrechte waren eher ein sekundäres Thema.

In den letzten Jahren hat die Regierung wiederholt die Universalität der Menschenrechte bestritten und immer wieder betont, die Verantwortung für ihre Einhaltung müsse allein beim Staat liegen.¹ Einem in den letzten Jahren eher kooperativen Dialog gegenüber dem Ausland steht eine kontinuierlich harte Politik im Innern gegenüber, die nur in Einzelfällen, nach erheblichem internationalen Druck, vorübergehend gemildert wird.²

Bei der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März 1993 erklärte z.B. Ministerpräsident Li Peng, daß China auf die Menschenrechtsfrage Wert lege und zusammen mit der internationalen Gemeinschaft dazu bereit sei, die Realisierung des Ziels der UN anzustreben, die Menschenrechte und die grundlegenden Freiheiten zu schützen und zu fördern. Allerdings sei China "entschieden dagegen, daß man sich unter dem Vorwand der Menschenrechtsfrage in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischte."³ Die Verwirklichung der Menschenrechte und grundlegender Freiheiten könne gefördert werden, wenn man das wirtschaftliche und das Gesellschaftssystem der betreffenden Länder sowie die Besonderheiten in Geschichte, Religion und Kultur respektiere.

In Wien betonte der stellvertretende chinesische Außenminister Liu, Menschenrechte seien ein Produkt der Geschichte. Das Argument, ihre Einhaltung sei eine Voraussetzung für Entwicklung, sei nicht stichhaltig. Wenn Armut und Mangel an Nahrung weitverbreitet seien, dann müsse die wirtschaftlichen Entwicklung Vorrang haben. Es gäbe keine absoluten individuellen Rechte und Freiheiten, sondern nur solche Rechte, die innerhalb der nationalen Gesetze festgelegt seien.⁴ Zur Frage der Kritik an Menschenrechtsverletzungen, erklärte er:

Böswillig ein anderes Land der Verletzung der Menschenrechte anzuklagen oder das eigene Menschenrechtsverständnis anderen Ländern oder Regionen aufzuzwingen, kommt einer Einmischung in die inneren

¹ Vgl. Karin Tomala, Das chinesische Selbstverständnis und die Frage der Menschenrechte, Warschau 1993; Sebastian Heilmann, Die Fremdsprache der Menschenrechte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Sept. 1993, S. 13. Aus chinesischer Sicht siehe Zeng Zhongnu, Mao Zedong und die Menschenrechtsfrage, in: Studien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas, Beijing, Heft 2, 1993 und Shih Chih-yu, Contending Theories of "Human Rights with Chinese Characteristics", in: Issues and Studies, Bd. 29, Nr. 11, 1993, S. 42-64.

² Vgl. Roberta Cohen, People's Republic of China: The Human Rights Exception, in: Human Rights Quarterly, Bd. 9, 1987, S. 447-549; Lucian W. Pye, The State and the Individual: An Overview Interpretation, in: The China Quarterly, Nr. 127, 1991, S. 443-466; State Council, White Book on Human Rights in China, Beijing 1991; Ann Kent, Between Freedom and Subsistence, China and Human Rights, Oxford/Hongkong 1993.

³ Tätigkeitsbericht der chinesischen Regierung, erstattet von Ministerpräsident Li Peng auf der 1. Tagung des 8. Nationalen Volkskongresses in Peking am 15. März 1993, Beijing Rundschau Nr. 15, 13.4.1993, abgedruckt in Europa-Archiv, Bd. 47, Nr. 12, 1993, D255-D256.

⁴ Liu Huaqiu, Speech at the World Conference on Human Rights, Vienna, 15.6.1993, S. 3, in der Übersetzung in: ZEIT-Punkte, Nr. 2, 1993, S. 93.

Angelegenheiten gleich. Dies könnte zu politischer Instabilität und sozialer Unruhe führen.¹

Er betont mit Hinweis auf die zahlreichen Einmischungsversuche des Auslandes in China in der Vergangenheit:

Wird die Souveränität nicht geschützt, dann sind die Menschenrechte der Bürger eine Illusion, ein Luftschloß. Die Ansicht, bei der Frage der Menschenrechte gäbe es keine Grenzen, das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ihrer Staaten sei auf sie nicht anwendbar - ein solches Denken und Handeln sind im Kern eine Form von Machtpolitik. Sie widersprechen den Zielen und Prinzipien der UN-Charta und der erhabenen Sache des Schutzes der Menschenrechte.²

2.1.3 Malaysia

Der malaysische Ministerpräsident Mahathir äußert sich seit Jahren sehr kritisch zu westlicher Politik. Dies wird in seinem zusammen mit dem Japaner Ishihara veröffentlichten Buch "Das Asien, das nein sagen kann" deutlich.³ In der Menschenrechtsdiskussion spielt Malaysia konzeptionell jedoch nur eine sekundäre Rolle. Im Vorfeld der Wiener Konferenz betonte Mahathir, Ostasien sei nicht länger durch einen Minderwertigkeitskomplex gefesselt und demokratische Veränderungen der Region sollten nicht von außen erzwungen werden, weil dies zu Unruhe führen würde.⁴ Menschenrechtlich begründete Einschränkungen des Welthandels seien ein Versuch des Westens, den asiatischen Wirtschaftserfolg zu sabotieren.⁵

2.1.4 Indonesien

Regierung und Militär lehnen als westlich bezeichnete Demokratie- und Menschenrechtsvorstellungen ab. So betonte Präsident Suharto in seiner Eröffnungsrede zu einer Regierungskonferenz über Menschenrechte in Jakarta im Januar 1993, die Schaffung einer gerechten und wohlhabenden Gesellschaft sei ein ebenso wichtiges Ziel wie die Menschenrechte. Sehr häufig sei dieses Ziel sogar wichtiger und dringender. Die Frage der Menschenrechte umfasse in ihrer Totalität auch die Rechte von Gesellschaft, Staat und Nation.⁶

Außenminister Alatas stellt in einer Rede die Rechte des Einzelnen den Rechten von Gemeinschaft, Gesellschaft und Nation gegenüber, wobei er diese Begriffe so verwendet, als ob sie untereinander austauschbar wären. Es überrascht dann nicht, daß es bei ihm der Staat ist, der die Interessen von Gemeinschaft, Gesellschaft und Nation verbindlich interpretiert. In Wien stellte Alatas die Universalität der Menschenrechte nicht mehr direkt in Frage, sondern argumentierte mit den Vorrechten des Staates vor den Rechten des Individuums. Er zitierte Oliver Wendell Holmes, Richter am Obersten Gerichtshof der USA, der sich auf Alexander Hamilton bezog:

Wenn es zu einer Entscheidung des Staatschefs über ein Thema kommt, das die Existenz des Staates betrifft, müssen

¹ Liu Huaqiu, a.a.O., S. 93.

² Ebda.

³ Shintaro Ishihara/Mahatir bin Mohamad, No to ieru ajia, Tokyo 1994. Vorher hatte Ishihara mit dem SONY-Vorsitzenden Akio Morita das Buch "Das Japan, das nein sagen kann" (No to ieru nippon, Tokyo 1989) publiziert. Morita verzichtete aber bei der englischen Übersetzung auf die Mitautorenschaft.

⁴ International Herald Tribune, 3.5.1993.

⁵ FEER, 17.6.1993, S. 20. Vgl. auch das Interview mit Mahathir in: Der Spiegel, Nr. 34, 21.8.1995, S. 136-139.

⁶ Speech by the President of Indonesia His Excellency Soeharto at the Opening of the Second United Nations Workshop for the Asia-Pacific Region at the State Palace, Jakarta, 26. Januar 1993, S. 6.

die Rechte des Einzelnen dahinter zurückstehen, was er als Erfordernisse des Augenblickes für notwendig hält.¹

Alatas führte die Forderung in die Diskussion ein, das Verhältnis zwischen individuellen Rechten und Pflichten des Individuums gegenüber Staat und Gesellschaft müsse ausbalanciert sein. Es bleibt unklar, wer mit welchen Kriterien über die "richtige" Balance verbindlich entscheidet. Er spricht von Pflichten des Individuums gegenüber dem Staat. Dies klingt auf den ersten Blick plausibel, muß doch von jedem Staatsbürger erwartet werden können, demokratisch beschlossene Gesetze zu befolgen und die Grundwerte einer demokratischen Kultur auch dem Mit-Staatsbürger gegenüber zu leben. Im Kontext unserer Diskussion kommt jedoch der Verdacht auf, daß der Begriff der Pflicht dazu benutzt werden könnte, den individuellen Anspruch auf die Einhaltung der Menschenrechte durch den Staat zu relativieren.

2.1.5 Die Philippinen

Die philippinische Regierung hat trotz erheblicher Menschenrechtsprobleme im eigenen Land in der Kontroverse durchweg westliche Positionen eingenommen und befindet sich daher innerhalb der ASEAN in einer Minderheitenposition. In den letzten Jahren wurden in der Presse immer wieder Vorzüge und Nachteile autoritärer Regierungen diskutiert. Lee Kuan Yew² betonte im November 1992 vor der Philippine Business Association den Wert von Disziplin und "good government" (verantwortungsvolle Regierungsführung) im Vergleich zur Demokratie, eine Position, die vielfach auf Zustimmung stieß.³ Vor allem in den Zeitungen wurde immer wieder die Frage nach dem Verhältnis zwischen einer starken Exekutive als Motor für Wirtschaftliche Entwicklung erörtert. Mit 1,2% durchschnittlichem BSP-Wachstum für die Jahre 1982-90 sind die Philippinen das Schlußlicht unter den ASEAN-Staaten.⁴

2.1.6 Singapur

In seiner Rede in Wien stellte der damalige Außenminister Wong Kan Seng die Universalität der Menschenrechte nicht in Frage, sondern machte ihre Durchsetzung von den speziellen Bedingungen eines Landes und von dessen Entwicklungsstand abhängig. Er wehrte sich vehement gegen die Übertragung eines westlichen Modells der Menschenrechte auf die Region.⁵ In seiner Erfahrung ist Wirtschaftswachstum die notwendige Grundlage jeden Systems, das den Anspruch erhebt, die menschliche Würde zu verwirklichen. Für Entwicklung seien Ordnung und Stabilität entscheidend. Menschenrechte würden nicht akzeptiert, wenn man sie als ein Hindernis für den Fortschritt wahrnimmt. Entwicklung und verantwortungsvolle Regierung verlangten nach einer Balance zwischen den Rechten des Individuums und den Rechten der Gemeinschaft, der das Individuum

¹ Statement by H.E. Mr. Ali Alatas Minister of Foreign Affairs and head of the delegation of The Republic of Indonesia before the Second World Conference on Human Rights, Vienna, 14.6.1993, S. 5.

² Lee Kuan Yew war der erste Ministerpräsident Singapurs und ist weiter Staatsminister mit Kabinettsrang. Er hat in zahlreichen Reden und Interviews seine Vorstellungen zum asiatischen Entwicklungsweg dargelegt.

³ Vgl. The Manila Chronicle, 19.11.1992.

⁴ Vgl. die Beiträge von A. R. Magno (The Manila Chronicle, 28. 8.1990); Antonio C. Abaya (The New Chronicle, 31.5.1991, 2.9.1991); Teodoro Benigno (The Philippine Star, 31.5.1991, 3.6.1991); Yen Makabenta (Philippine Daily Globe, 28.1.1991) und Jose Almonte (Business Times, 21.4.1993).

⁵ The Real World of Human Rights, Statement by Foreign Minister Wong Kan Seng of Singapore before the World Conference on Human Rights, 16.6.1993. Vgl. auch ZEIT-Punkte Nr. 2, 1993, S. 95.

angehört und durch die es seine Rechte verwirklichen muß. In der Frühphase der Entwicklung eines Landes würde eine zu starke Betonung der individuellen Rechte den Fortschritt verlangsamen. Auch sei durch Tatsachen nicht erhärtet, daß eine starke Betonung auf individuelle Rechte notwendig zur Demokratie führen würde.

Die Delegation von Singapur ließ in Wien eine Rede des Staatssekretärs im Außenministerium, Kishore Mahbubani, verteilen, die, so die Delegation in ihrem Begleitschreiben, nicht die Auffassung der Regierung Singapurs wiedergibt. Die Zwischenüberschriften geben jedoch ein gutes Bild der Stoßrichtung einer Argumentation, die der Regierung wohl sehr nahe kommt:

- Eine freie Presse muß nicht zu einer gut geordneten Gesellschaft führen.
- Westliche Journalisten sind durch westliche Vorurteile und Interessen konditioniert, eine "objektive" Berichterstattung ist eine große Lüge.
- Westliche Regierungen arbeiten mit Staatsmännern zusammen, die Völkermord begangen haben, wenn es ihren Interessen dient.
- Westliche Regierungen haben nicht die geringsten Probleme, die Menschenrechte von Gesellschaften der Dritten Welt zu opfern, wenn dies ihren Interessen dient.
- Der Westen hat den Vorwand von Menschenrechtsmißbräuchen benutzt, um Alliierte in der Dritten Welt fallenzulassen, die nicht länger seinen Interessen dienen.
- Der Westen kann nicht eingestehen, daß es unmoralische Konsequenzen haben kann, wenn er eine "moralische" Menschenrechtspolitik verfolgt.
- Eine nicht perfekte Regierung, die einige Menschenrechtsverletzungen begeht, ist in vielen Ländern immer noch besser als keine Regierung.

Abschließend fordert er den gegenseitigen Respekt zwischen dem Westen und Asien in der Diskussion über Menschenrechte und Pressefreiheit, betont den Vorrang wirtschaftlicher Entwicklung vor allen anderen Zielen und lädt dazu ein, mit den existierenden Regierungen zusammenzuarbeiten. Er schlägt auch einen Verhaltenskodex für ein zivilisiertes Regierungsverhalten vor, zu dem er das Verbot von Folter, Sklaverei, willkürliche Tötungen, "Verschwindenlassen", Niederschießen von Demonstranten und Haft ohne sorgfältige Prüfung rechnet.

2.1.7 Thailand

Thailändische Regierungen haben in der öffentlichen Diskussion kaum eine Rolle gespielt. Auf dem Vorbereitungstreffen zur Wiener Konferenz im März/April 1993 in Bangkok erklärte der thailändische Premierminister Chuan Leekpai, zwar gäbe es nur einen Katalog fundamentaler Menschenrechte, die Durchsetzung dieser Rechte variere aber mit dem sozio-ökonomischen, historischen und kulturellen Hintergrund jeden Landes.¹

2.2 Die Positionen zivilgesellschaftlicher Kräfte

In China und in den ASEAN-Ländern heißt es manchmal, Werte wie Demokratie und Menschenrechte würden an diese Gesellschaften vor allem aus dem Ausland herangetragen oder ihnen gar aufoktroiert werden. Tatsächlich gibt es jedoch in der ASEAN zahlreiche Gruppen, NROs und Institute, die diese Themen studieren und versuchen, eine politische Öffnung ihres Landes voranzutreiben. Sie treffen hierbei, je nach Land, z.T. auf erhebliche Widerstände in Gesellschaft und Politik.

¹ FEER, 15.4.1993, S. 22.

Diese reichen von einem geringen Interesse an politischen Fragen in der breiten Bevölkerung über Angst vor politischem und menschenrechtlichem Engagement bis hin zu aktiven Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung wie Drohungen, politische Haft, Verbot von Medien, aber auch sanfte Methoden des politischen Druckes und der Kooptation von Oppositionellen.

Eine noch schwache Gegenmacht zu den Regierungen bilden die NROs, die unter den schwierigen Bedingungen überwiegend autoritärer Systeme versuchen, die Interessen bestimmter Bevölkerungsgruppen gegenüber dem Staat zu vertreten. Sie arbeiten vorrangig auf den Gebieten Menschenrechte, Entwicklung, Umwelt und Frauen. In den letzten Jahren haben sie zunehmend an politischem Gewicht gewonnen, auch wenn eine regionale Koordination bisher nur schwach entwickelt ist.

Im Vorfeld der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien hatten die Regierungen der asiatisch-pazifischen Region in der "Erklärung von Bangkok" 1993 u.a. betont, vor allem der Staat sei für die Förderung der Menschenrechte verantwortlich. Bei dieser Regierungskonferenz waren auch asiatische und internationale NRO präsent und machten Vorschläge für die Schlußerklärung.

Sie begrüßten die Aussagen der "Erklärung von Bangkok" zu Kindern, Frauen und zur Bekräftigung der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte sowie der Rolle der NROs, kritisierten aber die Erklärung u.a. in den folgenden Punkten:

- den mangelnden Willen zur Ratifizierung der UN-Menschenrechtskonventionen, die von Regierungen in Asien nur selten unterschrieben werden,
- die Betonung auf nationalen statt internationalen Überprüfungsmechanismen bei Menschenrechtsverletzungen,
- die Begrenzung des Selbstbestimmungsrechtes auf Völker, die unter Fremdherrschaft leben müssen und
- das Wegfallen ursprünglich geplanter Aussagen zu Folter, Meinungsfreiheit und der Herrschaft des Rechtes.¹

Indonesische NROs, die auf dem Gebiet der Menschenrechte und Demokratie arbeiten, haben eine eigene Erklärung zur Wiener Konferenz abgegeben.² Darin heißt es, die Regierung habe zunehmend alle Aspekte der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ordnung unter ihre Kontrolle gebracht. Der Begriff der wirtschaftlichen und politischen "Stabilität" sei das ideologische Instrument, mit dem die Regierung ihre Interessen konsolidiere. Für diese Strategie sei die Unterdrückung jeglicher Form von Opposition fundamental; sie führe zu weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen und zur Unterdrückung der Demokratie.

Über 200 asiatische NRO unterschrieben die von dem malaysischen Menschenrechtler Chandra Muzaffar verfaßte Erklärung "Human Rights in Asia: The Struggle for Human Dignity". In ihr heißt es:

Kollektive Rechte haben in Asien ... eine andere Bedeutung. Als Teil des internationalen Systems sieht sich der asiatische Staat angesichts himmelschreiender globaler Ungerechtigkeiten oft dazu gezwungen, die kollektiven Rechte seiner Bürger zu artikulieren. Da das internationale System einer privilegierten Minderheit des Nordens gestattet, den Rest der Menschheit zu kontrollieren und zu beherrschen, beschränkt der Norden die Rechte der Menschen

¹ Asian Action (Bangkok), April-June 1993, S. 3-10.

² Vgl. Indonesian NGOs for Democracy, The other portrait of Indonesia. The Struggle for Democracy and Human Dignity, Jakarta, o.J., S. 3, 5; siehe auch ihre Joint Declaration on Human Rights, Jakarta, Juni 1993.

im Süden, von denen ein Großteil in Asien lebt.¹

UN-Sicherheitsrat, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, GATT und die Gruppe der 7 werden als vom Norden dominiert kritisiert. Die Erklärung fordert die NRO des Nordens dazu auf, das öffentliche Bewußtsein im Norden zu schärfen, wie dessen Vorherrschaft und Kontrolle über das internationale System die grundlegenden Menschenrechte der Asiaten einschränken.² Es zeigt sich deutlich eine eigenständige Position der asiatischen Menschenrechtsorganisationen. Sie bekennen sich zur Universalität der Menschenrechte und zur Demokratie, fordern die Einhaltung und Weiterentwicklung international vereinbarter Menschenrechte, unterstützen aber gleichzeitig, wenn auch im unterschiedlichen Ausmaß, die Kritik am gegenwärtigen Welthandelssystem, den Vereinten Nationen und der Rolle des Nordens.

Völlig anders ist die Lage in China. Hier ist es Staat und Partei bisher effektiv gelungen, das Entstehen zivilgesellschaftlicher Kräfte weitgehend zu unterbinden. Sicher, es gibt Reformgruppen innerhalb der Kommunistischen Partei und einiger Forschungsinstitute, aber es fehlen fast völlig unabhängige Medien, NROs und Forschungsinstitute, die sich offen mit der Förderung von Demokratie und Menschenrechten befassen können. Es sind keine Anzeichen einer Veränderung in dieser Politik zu erkennen.

Wichtig ist bei der Kontroverse die Freiheit der Medien, unabhängig berichten zu können. In einigen ASEAN-Ländern und China zeigen die Regierungen für Medien und Meinungsfreiheit kaum Toleranz. Bei der UN-Menschenrechtskonferenz 1993 hatte der Staatssekretär im singapurischen Außenministerium, Mahbubani, in einer dort verbreiteten Rede davor gewarnt, eine freie Presse müsse nicht zu einer gut geordneten Gesellschaft führen. Für ihn sind westliche Journalisten durch westliche Vorurteile und Interessen konditioniert. Eine "objektive" Berichterstattung durch sie sei eine großer Lüge.³ Aus Singapur werden jedoch kontinuierlich Fälle berichtet, in denen unliebsame Medien behindert wurden, z.B. "*Asia Wall Street Journal*", "*International Herald Tribune*" und "*Far Eastern Economic Review*". Auch der malaysische Informationsminister Mohamed Rahmat warnte davor, "alle, die eine andere Ansicht haben als [die westlichen Medien], werden als diktatorisch oder tyrannisch abgestempelt." Ein deutliches Beispiel sei die Menschenrechtsfrage, wo sie nicht "erkennen, daß wir gewisse Einschränkungen zum übergeordneten Schutz der Mehrheit der Bevölkerung brauchen."⁴ Nur konsequent beschlossen die ASEAN-Informationsminister die Gründung eines gemeinsamen Senders, "*ASEAN Radio*".

In Indonesien wurden im Frühjahr 1994 die drei oppositionellen Zeitschriften "*Tempo*", "*Detik*" und "*Editor*" verboten. Die Herausgeber dreier Tageszeitungen, "*Jakarta Post*", "*Sinar Pagi*", "*Media Indonesia*" und das alle zwei Wochen erscheinende Forum "*Keadilan*" wurden in die Informationsabteilung eingeladen und über ihre Arbeit belehrt. Selbst einige Militärs, darunter der Sprecher der Streitkräfte, kritisierten diesen Schritt der Regierung.⁵ In einem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zum Fall "*Tempo*" wurde die Entscheidung der Regierung später für

¹ Chandra Muzaffar, *Human Rights in Asia: The Struggle for Dignity*, Penang 1993, S. 3.

² Ebda. Vgl. auch Chandra Muzaffar, *Human Rights and the New World Order*, Penang 1993.

³ UN doc. A/CONF. 157/PC/63/Add. 28.

⁴ Südostasien aktuell, Januar 1994, S. 7. Vgl. auch das Interview mit Premierminister Mahathir, "Nobody elects the Press", in: FEER 7.4.1994, S. 20.

⁵ Vgl. FEER, 30.6.1994 und 7.7.1994.

ungesetzlich erklärt, aber die Zeitschrift ist weiter verboten. Es bleibt abzuwarten, wer sich letztlich durchsetzt.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Organisationsfreiheit für zivilgesellschaftliche Kräfte, etwa Menschenrechtsorganisationen. Eine in den Philippinen geplante Ost-Timor-Konferenz suchte die indonesische Regierung durch politischen Druck auf Manila zu verhindern. Präsident Ramos entschied sich schließlich dafür, zwar nicht die Konferenz, aber die Einreise ausländischer Teilnehmer zu verbieten. Der indonesische Außenminister Alatas bedauerte nach einer Unterredung mit dem Sonderbeauftragten Manglapus, daß die philippinische Regierung unfähig sei, das Seminar zu verbieten.¹ Die thailändische Regierung versuchte eine Menschenrechtskonferenz in Thailand, bei der u.a. Ost-Timor auf der Tagesordnung stand, zuerst im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen mit Indonesien zu verhindern, entschied sich aber dann doch sie zuzulassen; gleichzeitig fahndete die Polizei nach den ausländischen Teilnehmern und drei von ihnen wurden vorübergehend festgenommen. Die ASEAN hatte 1993 in Singapur beschlossen, sich nicht öffentlich zur Ost-Timorfrage zu äußern.²

3. Die Diskussion über asiatische Werte

Die Diskussion über Menschenrechte und Demokratie führt für die asiatischen Regierungen zu der Frage, wie die Erfahrungen in der Region auf den Begriff gebracht werden können, ohne ständig auf westliche politische Modelle zurückgreifen zu müssen. Leitlinie ist die Forderung nach der zunehmenden Asiatisierung der Politik, wozu auch die These gehört, daß asiatische Werte die Politik anleiten sollen.³

3.1 Innerhalb der ASEAN

Lee Kuan Yew ist der wichtigste Sprecher der Subregion für einen eigenen konfuzianischen Weg zu Wirtschaftswachstum und eingeschränkter Demokratie. 1992 betonte er in einem Vortrag in Japan, daß die Völker aller Länder erst einmal wirtschaftliche Entwicklung bräuchten, dann könnte Demokratie folgen. Eine Schwäche der Demokratie sei die fehlerhafte Annahme, alle Menschen seien in gleicher Weise zu Beiträgen für das Gemeinwohl fähig.⁴ Er zweifelte auch an, daß jeder Wähler eine Stimme haben sollte und schlug vor, Menschen im Alter zwischen 40 und 60 Jahren zwei Stimmen zu geben, da sie angesichts ihrer Verantwortung für die Familie überlegter abstimmen würden.⁵

Für ihn müssen sich unterentwickelte Gesellschaften in den meisten Fällen zwischen Demokratie und

¹ Vgl. FEER, 2.6.1994 und 16.6.1994.

² Vgl. SWB FE/2056/B/5 und Bangkok Post, 25.7.1994.

³ Statt vieler vgl. Yoichi Funabashi, The Asianization of Asia, in: Foreign Affairs, Bd. 72, Nr. 5, 1993, S. 75-85; Dieter Senghaas, Über asiatische und andere Werte, in: epd-Entwicklungspolitik, Nr. 4, 1995, S. 24-29; Werner Pfennig, An Assessment of Trends: Is there an Asianization of Asian Politics?, in: Pacific Rim Studies, Bd. 7, 1994, S. 147-162; ders., Asiatisierung und asiatische Werte, in: Werner Draguhn/Günter Schucher (Hrsg.), Das neue Selbstbewußtsein in Asien, Hamburg, i.V.

⁴ Lee Kuan Yew, Democracy and Human Rights for the World, Asahi Forum, Tokyo, 20. Nov. 1992.

⁵ Vgl. Fareed Zakaria, Culture Is Destiny. A Conversation with Lee Kuan Yew, Foreign Affairs, Bd. 73, Nr. 2, 1994, S. 119.

ökonomischer Entwicklung entscheiden. Je mehr Uneinigkeit bestände, desto weniger könnte getan werden. In der Anfangsphase der Entwicklung müßten klare Ziele erreicht werden, wie z.B. Erziehung und Ausbildung für alle, hohe Sparraten, hohe Produktivität und geringe Konsumption. Dies seien schlichte Tatsachen, die jeder akzeptieren müsse. Ein Überschuß sei notwendig, um die Infrastruktur aufzubauen. Ohne Kapital würden die Dinge nicht vorangehen. Über diese einfachen Wahrheiten könne man sich keine endlosen Streitereien leisten.¹ Von den Anforderungen eines schnellen Wirtschaftswachstums aus definiert er, wie Gesellschaft und Staat verantwortlich organisiert werden müssen, wobei die Führungsaufgabe im gesamten Prozeß der Elite zukommt. Hinweise darauf, wie lange dieser Prozeß dauern wird und wann es zu einer Erweiterung der politischen Beteiligung der Bevölkerung kommen könnte, werden nicht gegeben.

Berühmt wurde die Debatte zwischen Lee Kuan Yew und Kim Dae Jung in der Zeitschrift "*Foreign Affairs*". Lee betonte in einem Interview die zentrale Rolle kultureller Werte für jede Gesellschaft und ihren Entwicklungsprozeß. Kim Dae Jung dagegen vertrat die Auffassung, daß Demokratie und Menschenrechte bereits seit langer Zeit asiatische Werte seien und ihre weitere Verbreitung durch Asiaten nur im Interesse asiatischer Gesellschaften liegen könne.²

Kim Dae Jung und Corazon Aquino haben 1994 das "Forum of Democratic Leaders in the Asia-Pacific" gegründet, das auf seiner ersten Konferenz 1994 in vielen Punkten die Gegenthese zu Lee Kuan Yew vertrat. Zu den Hauptthesen gehörten:

- Demokratie ist unentbehrlich für Frieden und Entwicklung.
- Demokratie hat geistige Wurzeln in Asien.
- Demokratie ist keine exklusiv westliche oder nordamerikanische Erfindung.
- In der Geschichte Asiens gibt es zahlreiche Beispiele früherer Ansätze partizipatorischer Demokratie.³

Ein anderes Beispiel ist die "Asian Commission", ein Zusammenschluß wichtiger Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. In ihrem Bericht "Towards a New Asia" von 1994 erkennt sie 27 Menschenrechtsstandards ausdrücklich als verbindliche Wertmaßstäbe auch für den asiatischen Raum an.⁴ 26 dieser Standards sind UN-Standards. Neu ist ein "Recht auf Ordnung und Freiheit vor Anarchie und Chaos". Die Priorität liegt auf sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechten.

Zunehmend finden auch Konferenzen und Seminare über asiatische Werte statt. Ein Beispiel hierfür war 1994 die Konferenz "Asien im 21. Jahrhundert" in Kuala Lumpur, die von Premierminister Mahathir unterstützt wurde. An ihr nahmen 200 Teilnehmer u.a. aus Japan, Südkorea, Taiwan, Hong Kong und China teil. Es wurde von einer zunehmenden Renaissance Asiens gesprochen. Asien müsse seinen eigenen, vom Westen unabhängigen Weg gehen. Dieser könne nicht nur in der Verwirklichung der Prinzipien einer freien Marktwirtschaft bestehen, sondern müsse auch Antworten

¹ Vgl. Time, 4. November 1991, S. 31.

² Vgl. Fareed Zakaria, a.a.O., und Kim Dae Jung, Is Culture Destiny?, in: Foreign Affairs, Bd. 73, Nr. 6, 1994, S. 189-194.

³ Vgl. Werner Pfennig, Forum of Democratic Leaders in the Asia-Pacific, in: Asien, Nr. 55, 1995, S. 52-55 und Forum of Democratic Leaders in the Asia-Pacific, FDL-AP Handbook, o.O. 1994.

⁴ Towards A New Asia, A Report of the Commission for a New Asia, o.O. 1994.

auf soziale Fragen anbieten.¹

Ebenfalls in Malaysia fand die Konferenz "Menschenrechte Überdenken" statt, die Chandra Muzaffar und seine Menschenrechts-NRO "Just World Trust" (JUST) 1994 veranstaltete. Rund 300 Teilnehmer aus 58 Ländern waren gekommen. Ziel der von Mahathir eröffneten Konferenz war es, "die Auswirkungen der globalen Vorherrschaft des Westens auf die Menschenrechte von fünf Sechstel der Menschheit aufzudecken und nach alternativen Philosophien von Menschenwürde in den religiösen und moralischen Traditionen Asiens zu suchen."² Für Chandra Muzaffar, dem manche Menschenrechtsorganisationen in diesem Zusammenhang einen Frontenwechsel vorwerfen, muß jeder Ansatz zum Überdenken der Menschenrechte mit der Kritik an der weltweiten westlichen Vorherrschaft beginnen. Diese bestimme nicht nur Charakter und Inhalt der Menschenrechte, sondern bedeute auch das Gegenteil von Menschenrechten und Menschenwürde für fünf Sechstel der Menschheit. Es sei die westliche globale Vorherrschaft in allen ihren Formen, politisch, militärisch, kulturell und intellektuell, welche die größten Auswirkungen auf die Menschenrechte von Millionen und Abermillionen Menschen während der letzten 200 Jahre in der nicht-westlichen Welt gehabt habe.³ Die Konferenz konzentrierte sich auf die Kritik an der westliche Vorherrschaft und auf den Ruf nach starken Regierungen im Süden, hatte aber kaum eigene Vorstellungen zu asiatischen Werten zu bieten.⁴

3.2 Zehn Asiatische Werte

Bisher ist nirgendwo eine umfassende, verbindliche Liste asiatischer Werte vorgelegt worden. Im folgenden werden zehn Werte vorgestellt, die der frühere Botschafter Singapurs in den USA, Tommy Koh, 1993 vorgeschlagen hat und die nach seiner Meinung für die Stärke und den Erfolg Asiens verantwortlich sind.⁵ Mit ihnen werden von Huntington formulierte typisch westliche Werte verglichen.

- Ostasiaten glauben nicht an die extreme Form des Individualismus, die im Westen praktiziert wird. In der asiatischen Gesellschaft versucht der Einzelne seine Interessen mit den Interessen von Familie und Gesellschaft auszubalancieren; im Zweifelsfall sind die letztgenannten gewichtiger. Im extremen Individualismus sieht Koh die Ursache für die hohe Kriminalität vor allem in den USA, und er kritisiert auch die übertrieben starke Rolle des Staates im sozialen Bereich, abschätzig "welfarism" (übertriebene Wohlfahrtsstaatlichkeit) genannt.
- Ostasiaten glauben an "starke" Familien, die als soziale Schutzgemeinschaften verstanden werden.
- Bildung wird von den Ostasiaten sehr geschätzt. Im Unterschied zum Westen ist dies ein Wert, der nicht nur von der Elite, sondern von allen Gesellschaftsschichten geteilt wird.

¹ Vgl. FEER, 20.2.1994.

² Zit. nach Artien Utrecht, Asiatische Werte wieder in der Menschenrechtsdebatte, in: Südostasien-Informationen, Nr. 1, 1995, S. 10; siehe auch FEER 20.12.1994.

³ Chandra Muzaffar, Rechte: Richtiggestellt, in: Südostasien-Informationen, Nr. 1, 1995, S. 34f. In diesem Artikel erklärt er auch seine Position gegenüber der malaysischen Regierung. Zur Position der meisten NROs siehe Asian Legal Resource Center/Asian Human Rights Commission, Our Common Humanity. The Draft Asian Human Rights Charter, Hong Kong 1995.

⁴ So Utrecht, a.a.O.

⁵ Tommy Koh, The 10 Values that undergird East Asian Strength and Success, International Herald Tribune, 11-12. Dezember 1993.

- Ostasiaten glauben an die Tugenden der Sparsamkeit und eines bescheidenen Lebens. Sowohl Individuen, Familien wie Regierungen stimmen darin überein, sie sollten ein bescheidenes Leben führen und immer innerhalb ihrer Möglichkeiten bleiben. Hemmungsloses Konsumieren ist verpönt.
- Ostasiaten sehen harte Arbeit als Tugend an - der Hauptgrund, warum die Wettbewerbsfähigkeit der Region Europa überlegen ist.
- Ostasiaten praktizieren nationales Teamwork. Unternehmer und Gewerkschaften sehen sich als Partner, nicht als Klassenfeinde. Regierungen, Wirtschaft und Angestellte arbeiten gemeinsam für die Nation. Diese Philosophie, zusammen mit der Fähigkeit einen nationalen Konsens hierüber herzustellen, ist eines der Geheimnisse des ostasiatischen Wirtschaftswunders.
- Es gibt eine asiatische Version des Gesellschaftsvertrages zwischen Volk und Regierung. Die Regierung erhält Sicherheit und Ordnung aufrecht, sichert die Grundbedürfnisse bei der Arbeit, Erziehung und Gesundheitsversorgung. Regierungen haben die Verpflichtung, die Bevölkerung fair und human zu behandeln. Von den Bürgern wird erwartet, daß sie die Gesetze einhalten, die Regierung respektieren, hart arbeiten, sparen und ihre Kinder dazu motivieren, zu lernen und selbständig zu sein.
- In einigen Ländern haben sich die Regierungen darum bemüht, daß jeder Bürger zu einem "Anteilseigner" in seinem Land wird. In Singapur sind z.B. mehr als 90% der Einwohner Besitzer ihrer Wohnung.
- Ostasiaten verlangen von ihren Regierungen, daß sie eine moralisch saubere Umwelt aufrechterhalten, in dem ihre Kinder aufwachsen können. Eine aktuelle Umfrage kam z.B. zu dem Ergebnis, daß die meisten Bewohner Singapurs gegen einen Verkauf von Magazinen wie Playboy sind.
- Gute Regierungen in Ostasien wollen eine freie Presse, aber sie glauben nicht, wie im Westen, daß diese Freiheit absolut sein sollte. Die Presse sollte zwar nicht ein Sprachrohr der Regierung sein, sie muß aber verantwortungsvoll arbeiten. Sie hat z.B. kein Recht, zu Spannungen zwischen rassischen, religiösen und Sprachgruppen oder zwischen Ländern aufzustacheln. Sie muß den von ihr Angegriffenen das Recht auf Antwort einräumen. Abschließend betont Koh, Asiaten hätten über Generationen hinweg vom Westen gelernt und würden dies auch weiterhin tun. Er hoffe, die Zeit sei gekommen, wo auch der Westen bereit sei, vom Osten zu lernen.

Es ist interessant, diese Liste asiatischer Werte mit westlichen Werten zu vergleichen. Mit Verweis auf James Bryce hat Samuel Huntington sechs zentrale Elemente der amerikanischen Demokratie identifiziert:¹

1. Das Individuum hat heilige Rechte.
2. Die Quelle politischer Macht ist das Volk.
3. Alle Regierungen sind durch Gesetze und das Volk eingeschränkt.
4. Kommunale Regierung wird der nationalen Regierung vorgezogen.
5. Die Mehrheit ist weiser als die Minderheit; und
6. je weniger Regierung um so besser.

Das amerikanische Modell unterscheidet sich zwar von den Erfahrungen skandinavischer Länder, Japans, Englands, Frankreichs und Deutschlands, reflektiert aber dennoch die meisten Werte, die auch im Westen allgemein vertreten werden.

Vergleicht man beide Wertesysteme, so werden die westlichen Werte unter 1, 2, 3 und 6 von den zitierten asiatischen Werten bei Koh klar in Frage gestellt. Dabei geht es hier nicht um absolute

¹ Samuel P. Huntington, American Democracy in relation to Asia, in: Robert Bartley u.a., Democracy and Capitalism. Asian and American Perspectives, Singapur 1993, S. 35.

Gegensätze, sondern um die relative Gewichtung der Interessen des Einzelnen und von Gesellschaft/Staat/Nation. Allerdings geben weder Koh noch andere Autoren Hinweise darauf, nach welchen Kriterien bei konfligierenden Interessen entschieden wird. Deutlich wird lediglich, daß die Interessen von Gesellschaft/Staat/Nation im Zweifelsfall den Vorrang haben sollen, und daß es der Staat ist, der diese Entscheidung trifft.

Asiatische Werte beanspruchen zunehmend nicht nur in der Subregion Geltung, sondern werden auch anderen Ländern als Vorbild nahegelegt. Lee Kuan Yew antwortete auf die Frage, ob die Erfahrungen Ostasiens wegen des Einflusses konfuzianisch geprägter Kulturen anderswo nicht anwendbar seien: "Nein. Dem stimme ich nicht zu. Der Konfuzianismus hat in zwei Bereichen geholfen. Er hat die Bereitschaft eingebläut, die Bedürfnisse der Nation oder der Gesellschaft über die eigenen zu stellen und die Gewohnheit gefördert, nach Übereinstimmung zu suchen. Die Minderheit akzeptiert, daß sie eine Minderheit ist, und sie ist bereit, mit der Mehrheit eine gewisse Zeit zusammenzugehen; das vermindert Streit. Dies sind die Werte, auf die es ankommt. Dabei ist gleichgültig, wie sie eingeimpft werden, ob durch Konfuzianismus oder eine andere Art der Vorprogrammierung."¹

3.3 VR China: Die Diskussion über den Neo-Autoritarismus

Seit Mitte der achtziger Jahre begannen in China Diskussionen über die politischen Voraussetzungen einer weiteren erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung. Die KPCh hatte zu Beginn der Reformen die vier Modernisierungen (Landwirtschaft, Industrie, Verteidigung sowie Technik und Wissenschaft) propagiert. Sie hatte aber auch deutlich gemacht, daß es bei den vier Grundsatzprinzipien "sozialistischer Weg", "Diktatur des Proletariats", "Führungsrolle der KPCh" und "Marxismus-Leninismus/Mao Zedong-Ideen" keinen Kompromiß geben wird. Ab 1986 begann eine Diskussion über Neo-Autoritarismus, die 1989 mit den Ereignissen vom Tiananmen ihr abruptes Ende fand. Die Themen sind jedoch nach wie vor in China und ganz Südostasien relevant.

Die Befürworter des Neo-Autoritarismus bezogen sich auf die Erfahrungen der vier Tiger, besonders Singapurs, während die Kritiker vor allem auf das Fehlen von Demokratie und Menschenrechte in dieser Konzeption hinwiesen.²

Die Befürworter argumentierten, daß es vier Modelle politischer Ökonomien in der Welt gibt:

- harte Regierungen und harte Wirtschaft (stalinistisches Modell),
- weiche Regierungen und harte Wirtschaft (Indien),
- harte Regierungen und weiche Wirtschaft (Brasilien, Türkei, Vier Tiger) und
- weiche Regierungen und weiche Wirtschaft (viele gegenwärtige westliche Regierungen).

Das dritte Modell mit der Verbindung zwischen harten Regierungen und weicher Wirtschaft war für sie in jedem einzelnen Fall erfolgreich.³ Daraus leiten sie die Forderung nach einer starken

¹ Interview mit Lee Kuan Yew, Time, 4. November 1991, S. 31.

² Vgl. Mark Petracca/Mong Xiong, The concept of Chinese neo-authoritarianism, in: Asian Survey, Bd. 30, Nr. 11, 1990, S. 1099-1117; Barry Sautman, Sirens of the Strongman: Neo-Authoritarianism in Recent Chinese Political Theory, in: The China Quarterly, Nr. 129, 1992, S. 72-102 und He Baogang, Democratization: Antidemocratic and Democratic Elements in the Political Culture of China, in: Australian Journal of Political Science, Bd. 27, Nr. 1, 1992, S. 120-136.

³ Sautman, a.a.O., S. 77.

Führungspersönlichkeit für das Land ab, die von brillanten und weitblickenden Beratern umgeben sein sollte. Der Ansatz zielt weniger auf die Schaffung neuer Institutionen und Prozesse, sondern betont die Rolle einer fähigen Elite während der Übergangszeit und die Notwendigkeit eines starken Staates (hier wird auch auf Huntington verwiesen), der den komplexen und unsicheren Prozeß rapider wirtschaftlicher Entwicklung kontrollieren und leiten muß. Der damalige Parteichef Zhao Ziyang soll, ebenso wie Deng Xiaoping, die Konzeption befürwortet haben, aber von Deng heißt es, er sei mit dem Namen Neo-Autoritarismus nicht einverstanden gewesen.¹

Petracca und Mong haben in einer Übersicht die Hauptelemente zusammengestellt:

Übersicht: Der historische Prozeß der Demokratisierung aus neo-autoritärer Sicht²

| Variables | Political Systems | | |
|----------------------|-----------------------|-------------------------|--------------------------|
| | Autocracy | Neo-Authoritarianism | Democracy |
| Economy | Self-sufficiency | Semimarket economy | Market economy |
| Basis for legitimacy | Theocracy (tradition) | Voting | Voting |
| Political Party | None | One or more parties | Two or more parties |
| Individual Liberty | None | Some | Freedom protected by law |
| Basis of state power | Monarchy | Constitutional monarchy | Constitution |
| Decentralization | None | Semi-independent | Decentralization |

¹ Ebda., S. 89.

² Wu Jiaxiang, A study of Neo Authoritarianism, in: Neo-Authoritarianism, hrsg. von Liu-ling und Liu-jun, Beijing 1989, S. 52, zitiert in Petracca/Mong, S. 1108.

| | | | |
|--|--|------------|--|
| | | parliament | |
|--|--|------------|--|

Das Schema demonstriert die Grundüberzeugung der neo-autoritären Autoren, daß pluralistische Demokratie nicht die Voraussetzung, sondern das Resultat der Reformen in China ist: "Es ist eine fundamentale Voraussetzung für die erfolgreiche Modernisierung in China, eine starke Autorität zu schaffen, die zur Modernisierung entschlossen ist. Nur auf diesem Wege können Korruption und Unordnung in China unter Kontrolle gebracht und ausgeremmt werden. Erst nachdem dies erreicht wurde, können sich Gesellschaft und Wirtschaft entwickeln." Sie unterstützen auch die traditionelle Kultur als Ausdruck einer nationalen Geisteshaltung. Auffallend ist jedoch die Staatszentriertheit neuautoritären Denkens, in dem (Zivil-)Gesellschaft vor allem als Risiko- und Chaosfaktor auftaucht, nicht aber als ein positiver Faktor der Demokratisierung.² Diese Auffassungen wurde von den "Demokraten" kritisiert, die die sofortige Einführung der Demokratie forderten. Während beide Gruppen in dem Endziel Demokratie einig sind, betonen die Demokraten, Demokratie müsse der Prozeß und das Ziel der politischen Entwicklung sein. Wirtschaftliche Modernisierung und politische Demokratisierung können nur auf demokratischem Wege erreicht werden. Daher fordern sie neue Methoden der politischen Beteiligung der Bevölkerung, die aber in konkreten Vorschlägen kaum ausgearbeitet werden. Viele Teilnehmer dieser Diskussion standen dem Generalsekretär der KPCh, Zhao Ziyang, nahe. Mit seiner Absetzung 1989 kam die lebendige Diskussion zu einem abrupten Ende. Aber auch heute unterstützen die Befürworter des Neoautoritarismus interessierte Reformer in der KPCh, und ihre Ideen werden weiter diskutiert.

In der Praxis sieht sich die Regierung der Volksrepublik den vielfältigen und noch gar nicht völlig absehbaren Folgen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses gegenüber. Da der Kommunismus als Ideologie und Organisation immer mehr an Anhängern verliert, macht sich die chinesische Staats- und Parteiführung seit Jahren Sorge über das entstehende ideologische Vakuum. Teils durch Kampagnen gegen bürgerliche Liberalisierung und Verwestlichung, teils durch Propagierung eigener, neuer Werte wie dem Patriotismus versucht sie die negativen Folgen der "sozialistischen Marktwirtschaft" in den Griff zu bekommen. Wachsende Kriminalität, Korruption, Prostitution und die zunehmende Auseinanderentwicklung zwischen Süden und Norden sind nur einige der wichtigsten Problembereiche. Damit übernimmt die KPCh-Führung einige Elemente des Neoautoritarismus, obwohl sie ihn offiziell ablehnt: Nur ein starker politischer Apparat sei den Unwägbarkeiten und Risiken der wirtschaftlich-sozialen Umwälzungen gewachsen. Seine Ideen werden für die Ablehnung von Demokratisierung und die Beibehaltung eines zentralistischen Herrschaftsmodells fruchtbar gemacht.

Kulturminister Liu Zhonde kommentierte im Oktober 1994 das neue Programm des ZK der KPCh für patriotische Erziehung:

Es ist notwendig, auf verschiedene Mittel zurückzugreifen, um Patriotismus and die herausragende chinesische Kultur zu einem Hauptthema des Kulturmarktes zu machen, ... der 'kulturelle Abfall', der die nationale Würde

¹ Xiao Gongqing. On Transformative Authoritarianism, S. 61, in Liu/Liu. a.a.O., zit. in ebda., S. 1106.

² Die Anwendung des Begriffes Zivilgesellschaft auf China ist zwar umstritten, aber heuristisch hilfreich. Vgl. Baogang He, The Ideas of Civil Society in Mainland China and Taiwan, 1986-92, in: Issues and Studies, June 1995, S. 24-64.

und den nationalen Geist beeinträchtigt, sollte verboten und eliminiert werden. Es sollte im Kulturmarkt eine Atmosphäre des Patriotismus geschaffen werden.¹

Eine Fernsehsendung in Xinjian kommentierte das Programm mit den Worten, es sollte die nationale Kohärenz stärken und den Sozialismus mit chinesischen Charakteristika aufbauen. Auch sei es eine Strategie, "den Versuchen westlicher feindlicher Kräfte Widerstand entgegenzusetzen und dagegen zu kämpfen, daß unsere Nation verwestlicht und aufgespalten wird; und eine Strategie, um Vereinigung und Souveränität des Mutterlandes sicherzustellen."² Für die neue Ära, so betont eine Kolumne in der Renmin Ribao im November 1994, müssen neue Werte aufgebaut werden. Der Autor schlägt u.a. vor, daß das Konzept der Sozialistischen Marktwirtschaft zum zentralen Wert gemacht werden soll.³

Abschließend muß auf die Vorstellungen Deng Xiaopings und Jiang Zemins zu politischen Reformen eingegangen werden. Ihre Grundlage ist die Überzeugung, daß die politische Führung des Landes auch weiterhin bei der KPCh liegen muß und ein Mehrparteiensystem nicht eingeführt werden darf. Gefordert wird aber eine Trennung zwischen Parteiführung und staatlicher Verwaltung. Obwohl bereits gebilligt, liegt dieses Reformprojekt jedoch seit Jahren auf Eis.⁴

Die politischen Strukturreformen Dengs und Jiangs zielen auf eine Verbesserung des politischen Systems durch Reformen in den Bereichen Volkskongreß, demokratischer Zentralismus und politische Konsultationen unter der Leitung der KPCh. Ausdrücklich ausgeschlossen sind die Einführung eines Vielparteiensystems, checks und balances zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, ein Zweikammerparlament und die Einführung einer westlichen Demokratie.⁵

4. Verschärft sich der Konflikt zwischen China, ASEAN und dem Westen?

Die Beziehungen zwischen China, der ASEAN und dem Westen sind natürlich nicht in erster Linie von ideologischen Kontroversen abhängig, sondern von der Durchsetzung realer außenpolitischer Interessen, zu denen aber die Durchsetzung von Menschenrechten und Demokratie gehören können. Daher werden im ersten Teil die wichtigsten Konfliktfälle der letzten Jahre vorgestellt, um dann das Problem einer westlichen Menschenrechtspolitik in Asien kurz zu skizzieren.

4.1 Konfliktfälle zwischen China, ASEAN und dem Westen

In den letzten fünfzehn Jahren waren es vor allem spektakuläre Einzelfälle, die westliche Regierungen zu Protesten, selten aber zu Sanktionsdrohungen motivierten. Zu den wichtigsten Beispielen gehörten:⁶

- Ein allgemeines Konfliktfeld sind die Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen wie von Asia Watch, der Internationalen Juristenkommission und von amnesty international. Diese kritisieren Menschenrechtsverletzungen meist nicht nur als "isolierte Einzelfälle", so wie sie

¹ SWB, FE/2150, 11.11.1994, S. G/9-10.

² SWB, FE/2147, 8.11.1994, S. G/11.

³ FBIS-CHI-94-225, 22.11.1994, S. 22f.

⁴ FBIS-CHI-94-218, 10.11.1994, S. 24-26.

⁵ Ebda., S. 25, 26.

⁶ In einigen Passagen wird auf Heinz/Pfennig, a.a.O., zurückgegriffen.

ASEAN-Regierungen sehen, sondern die Regierungen werden hierfür politisch verantwortlich gemacht und eine Veränderung der politischen Ursachen gefordert (disziplinarische Kontrolle von Polizei und Militär, Gesetzesänderungen u.ä.).

- Der Mord an dem Oppositionspolitiker Benigno S. Aquino 1983 in den Philippinen war der entscheidende Faktor für den Westen, auf die Regierung Marcos starken Druck auszuüben, faire Wahlen durchzuführen. Damit war der erste Schritt zum Fall des Regimes getan. Auch unter der Präsidentin Aquino waren Menschenrechtsverletzungen ein wichtiges Thema in der bilateralen Zusammenarbeit.
- Die Besetzung Ost-Timors durch Indonesien, die darauf folgenden systematischen Menschenrechtsverletzungen und zuletzt das Massaker der Armee 1993 in Dili führten wiederholt zu diplomatischen Aktionen westlicher Staaten, wobei gleichzeitig deren wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen ein zu "hartes" Auftreten unwahrscheinlich machten. Die kritische Reaktion einiger Staaten auf das Massaker in Form der Verringerung oder Suspendierung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ), endete mit der Entscheidung Indonesiens, die EZ mit den Niederlanden aufzukündigen und die "Intergovernmental Group on Indonesia" (IGGI) aufzulösen. Die EZ wird jetzt unter der Schirmherrschaft der Weltbank koordiniert.¹
- Das Massaker 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Beijing und zahlreiche weitere Menschenrechtsverletzungen führen immer wieder zu Kritik aus dem Westen, besonders zu den Themen Todesstrafe, Exportprodukte aus Arbeitslagern, politische Verfolgung, Einschränkungen der Meinungsfreiheit und Tibet.
- Auf das Massaker der Armee 1992 in Thailand reagierten die westlichen Staaten mit deutlicher Kritik. Sie haben damit wahrscheinlich Kräfte in der Politik gestärkt, die sich für eine deutliche Zurückdrängung des Militärs aus der Politik einsetzen.
- Die Prügelstrafe für einen jungen US-Amerikaner in Singapur wegen Vandalismus führte zu scharfen Reaktionen, aber auch zu Verständnisbezeugungen in den USA. Die niederländische Regierung und Menschenrechtsorganisationen setzten sich bei einem zum Tode verurteilten niederländischen Drogenhändler für die Umwandlung der Strafe ein, aber er wurde hingerichtet. Informationsminister George Yeo meinte in einem Interview mit dem *Baltimore Sun* "[it would be]... no longer possible for us to govern Singapore. We become a joke. It is not possible. We lose all moral authority."²

In der Bewertung unterscheiden sich Menschenrechts-NROs und Regierungen. Während sich die Kritik von Menschenrechts-NROs nicht nur auf die Opfer, sondern auch auf Strukturen und Ursachen von Menschenrechtsverletzungen richtet, beschränken sich westliche Regierungen vor allem auf einzelne Menschenrechtsverletzungen und präsentieren z. B. Listen politischer Gefangener. Fragen der Demokratie und der politischen Beteiligung der Bevölkerung stehen nach allem, was bekannt ist, nicht im Vordergrund der Gespräche. Der Dialog über globale Menschenrechts- und Demokratiefragen findet vor allem auf internationalen Konferenzen, in den Medien und bei Staatsbesuchen statt.

Angesichts der skizzierten Konfliktpunkte stellt sich die Frage, ob diese weitgehend zufällig entstanden sind, oder ob es zumindest vom Anspruch her eine kohärente westliche Menschenrechtspolitik gibt.

¹ Allert P. van der Ham, Development Cooperation and Human Rights. Indonesia-Dutch Aid Controversy, in: Asian Survey, Bd. 33, Nr. 5, 1993, S. 531-539.

² Zitiert in Francis Seow, Bangkok Post, 26.5.1994. In dem Artikel kommen interessante Hintergrundinformationen zu diesem Fall zur Sprache. Vgl. auch FEER 28.4.1994.

4.2 Gibt es eine westliche Menschenrechtspolitik?

In den außenpolitischen Erklärungen aller westlicher Staaten wird seit 1989 die Förderung von Demokratie und Menschenrechten als ein besonderes und zentrales Ziel hervorgehoben.¹ Auch die Europäische Union hat eine klare Position bezogen. Der Rat hat die EU-Menschenrechts- und Entwicklungspolitik in der Erklärung "Menschenrechte, Demokratie und Politik der Entwicklungszusammenarbeit" im November 1991 definiert, und im November 1992, April 1993 und Mai 1993 weiter präzisiert.²

Über die "politischen Rahmenbedingungen" für Entwicklungszusammenarbeit ist es in den letzten Jahren zu einer Kontroverse mit der ASEAN und anderen Ländern des Südens gekommen. 1991 hatten die Europäische Gemeinschaft und die Bundesregierung neue Politikrichtlinien beschlossen, die die Vergabe der Entwicklungshilfe von rechtsstaatlichen Verhältnissen, Demokratie, einer marktwirtschaftlichen Ordnung, der Einhaltung der Menschenrechte und einer Entwicklungsorientierung staatlichen Handels abhängig macht. Die ASEAN hat jede Bindung von Entwicklungshilfe und Handel an Menschenrechte seitdem wiederholt zurückgewiesen. Die Blockfreie Bewegung nahm 1992 dieselbe Position ein,³ und auch in der Schlußerklärung der UN-Menschenrechtskonferenz wird eine Bindung von Handel an politische Konditionen abgelehnt.

Die Kritik an menschenrechtlicher Konditionalität gegenüber Asien und auch anderen Regionen ist verständlich. Da es sich um politische Druckmöglichkeiten des Westens auf Länder des Südens handelt, die grundsätzlich problematisch sind und daher diskutiert werden müssen, ist ein politischer Dialog zwischen Regierungen, NRO und Wissenschaftlern zu diesem Thema notwendig.

Für die ASEAN-Staaten spielt die Entwicklungszusammenarbeit mit Ausnahme Indonesiens und der Philippinen nur eine geringe Rolle, und damit sind politische Druckmöglichkeiten sehr begrenzt.⁴ Außerhalb der ASEAN ist in Birma die EZ von westlichen Staaten mit Hinweis auf mangelnde Demokratie und massive Menschenrechtsverletzungen eingestellt worden.

Selten hat die ASEAN ihrerseits westliche Politik im Bereich Demokratie und Menschenrechte zum Thema gemacht. 1993 kritisierte ASEAN die EG bei einer Konferenz wegen ihres fehlenden Eingreifen zugunsten der Muslime in Bosnien.⁵ Sie hat sich gegen das ihrer Meinung nach zu konfrontative westliche Vorgehen gegenüber der Militärregierung in Birma ausgesprochen und setzte auf vertrauliche Verhandlungen.

Die Ankündigung von US-Außenminister Warren Christopher im März 1993, die Menschenrechte würden zu einem Eckstein der US-Außenpolitik, verstärkte die Sorge vieler asiatischer Regierungen, das ohnehin schon sensible Thema der Menschenrechte könnte neben den Spannungen im Handelsbereich zu einem Dauerkonflikt mit dem Westen werden.

¹ Vgl. Peter Baehr, *The Role of Human Rights in Foreign Policy*, Basingstoke/London 1994, S. 81ff., 105ff.

² Bereits 1986 gab es eine Erklärung der EG-Außenminister zur Menschenrechtsfrage.

³ Vgl. die Schlußerklärung der Gipfelkonferenz Blockfreier Staaten im September 1992: *The Jakarta message: A Call for Collective Action and the Democratization of International Relations*, in: *Indonesia Today*, Bd. 19, Nr. 3, 1993, S. 2-5.

⁴ Vgl. Rüdiger Machetzki, *Entwicklungspolitische Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland-ASEAN*, in: *Südostasien aktuell*, März 1995, S. 132-137.

⁵ *International Herald Tribune*, 28.7.1993.

Auch die vom US-Kongreß verordnete Bindung der Meistbegünstigungsklausel für China an Menschenrechte, Handelspraktiken und Waffenexportstandards wurde in Ostasien kritisch aufgenommen. Der Schlagabtausch zwischen China und den USA im Frühjahr 1994 hat die Situation weiter verschärft. Bereits vor seinem Chinabesuch hatte Christopher die zahlreichen Verhaftungen von Dissidenten kritisiert und die Verlängerung der Meistbegünstigungsklausel von einer Verbesserung der Menschenrechtssituation abhängig gemacht. Die chinesische Führung lehnte diese Kritik als Einmischung in innere Angelegenheiten ab: "Kein ausländischer Staat, keine ausländische Organisation oder Person hat das Recht, unverantwortliche Bemerkungen zu machen oder sich einzumischen," so das chinesische Außenministerium.¹ Die Volksrepublik könne, so Außenminister Qian, keine Gesetze der USA erfüllen und sie werde sich die Menschenrechtsideen des Westens nie aufzwingen lassen. Bei dem Besuch wurde die Frage der durch Zwangsarbeit in den Gefängnissen hergestellten Exportgüter angesprochen, zu 235 politischen Gefangenen Auskünfte erteilt und Informationen zu weiteren 106 tibetanischen Gefangenen zugesagt. Mit dem Internationalen Roten Kreuz soll China in Zukunft Gespräche über den Besuch bei politischen Gefangenen führen.²

Später ließ die US-Regierung die Bindung der Meistbegünstigungsklausel an die Verbesserung der Menschenrechtssituation fallen. Damit stehen die Wirtschaftsbeziehungen wieder an erster Stelle, wie auch in den anderen westlichen Ländern, die 1989 vorübergehend Sanktionen verhängt hatten. In Einzelfällen werden Erleichterungen für Opfer von Menschenrechtsverletzungen angemahnt, aber eine Strategie ist nicht zu erkennen, außer der Hoffnung des "Wandel durch Handel".

Kontroversen in der öffentlichen Diskussion zeigen sich weniger bei konkreten Menschenrechtsverletzungen oder bei deren strukturellen Voraussetzungen wie z.B. den Internal Security Acts in Malaysia und Singapur. Vielmehr geht es um die Frage, welches politische System und welcher Grad der Einhaltung der Menschenrechte für diese Staatengruppe unter Berücksichtigung der Ordnungsziele Wirtschaftswachstum und politische Stabilität angemessen sind.

In der außenpolitischen Praxis hat der Westen Menschenrechtspolitik oft halbherzig betrieben und immer wieder anderen Interessen geopfert, mit erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern (skandinavische Länder, Niederlande, Frankreich, England, Deutschland, die USA u.a.). Für Deutschland sind Beispiele die Politik gegenüber China und Indonesien.³ Es muß jedoch auch daran erinnert werden, daß die meisten westeuropäischen Länder und die USA bisher die einzige Ländergruppe sind, die seit den 70er Jahren und auch weiterhin den Anspruch erheben, eine Menschenrechtspolitik in ihrer Außenpolitik zu verfolgen.

5. Schlußfolgerungen: Asiatische Werte als Antwort auf Herausforderungen des Westens und der eigenen Gesellschaft

Bei der Kontroverse zwischen dem Westen und Südost-/Ostasien handelt es sich nicht um einen Zusammenstoß zwischen Kulturen, sondern um Spannungen zwischen dem Westen und der

¹ Der Tagesspiegel, 9.3.1994.

² Warren Christopher, The important message I carried to China, International Herald Tribune, 23.3.1994.

³ Vgl. Wolfgang S. Heinz, Menschenrechte in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik, in: Menschenrechte und Entwicklung, hrsg. von Rainer Tetzlaff, Bonn 1993, S. 97-122.

wirtschaftlich erfolgreichsten Ländergruppe des Südens, die nach 1989 eine politische Rolle im internationalen System sucht, die ihrem Gewicht in der Weltwirtschaft entspricht. Nachdem der Westen den Vorrang seiner wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen deutlich machte, dürfte die Gefahr einer weiteren Konfrontation mit einigen ASEAN-Regierungen und der VR China weitgehend gebannt sein.

Es gibt kein allgemeingültiges asiatisches Entwicklungsmodell, das die wirtschaftliche Entwicklung aller südost- und ostasiatischer Länder erklären könnte. Aber es existieren wirtschaftspolitische Grundelemente eines asiatischen Entwicklungsmodelles, die sich in allen erfolgreichen Ländern, wenn auch in verschiedener Kombination zu unterschiedlichen Zeitpunkten, antreffen lassen. Hierzu gehörte eine starke Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik, die Übereinstimmung zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft über das Entwicklungsmodell, der Schwerpunkt auf der Exportwirtschaft und die Orientierung am Weltmarkt.

Asiatische Werte und ihre Instrumentalisierung lassen sich hier als Startvorteile wirtschaftlicher Entwicklung begreifen, dürften aber auch eine bedeutende Rolle bei der weiteren Wirtschaftspolitik spielen.¹ Ihre Erklärungskraft für wirtschaftliche Entwicklung hat jedoch auch Grenzen. Asiatische Werte lassen sich nicht einfach "den" westlichen Werten gegenüberstellen. Zum einen sind es Werte, die sich weltweit in allen traditionellen Gesellschaften vorfinden lassen, auch in den westlichen Gesellschaften vor der Industrialisierung im 18. und 19. Jahrhundert. Senghaas hat zurecht daraufhin gewiesen, daß "was immer heute in der internationalen Kulturdebatte als europäisch oder westlich deklariert wird, in aller Regel nicht ein Frühprodukt europäischer Entwicklung [ist], sondern das sehr späte Ergebnis konfliktreicher Entwicklungsprozesse."² Typisch westliche Merkmale öffentlicher Ordnung wie Gewaltenteilung, Pluralismus, Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz gehörten nach Senghaas nicht zu den originären Kulturchromosomen Europas, denn auch Europa sei ursprünglich kollektivistisch orientiert gewesen.

Regierungen und sie unterstützende Eliten in China und einigen ASEAN-Staaten weisen Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten aus dem Westen und zunehmend aus der eigenen Gesellschaft mit der Begründung zurück, daß ein weiteres hohes Wirtschaftswachstum nach politischer Stabilität, d.h. nach der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen politischen Ordnung, verlange.

Das langjährige, anhaltend hohe Wirtschaftswachstum der meisten ASEAN-Staaten ist weiterhin das wichtigste Motiv in der offiziellen Diskussion. Es beweise den Erfolg der gegenwärtigen politischen Systeme und des Entwicklungsweges, den die Bevölkerung mit Dankbarkeit entgegenzunehmen hat. So erklärte der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin im Mai 1994 mit Hinweis auf die Ereignisse von 1989, daß China sich nur weil die Regierung 1989 der Stabilität ausschlaggebende Priorität eingeräumt hätte, in den vergangenen fünf Jahren wirtschaftlich so gut entwickelt habe. "Als Resultat ist unser Reform- und Öffnungsprogramm stetiger, besser und mit noch schnelleren Schritten vorangeschritten."³

¹ So auch Pohl, a.a.O., S. 42.

² Senghaas, a.a.O., S. 25.

³ Zit. in Henrik Bork, Chinas Staatschef verteidigt das Peking Massaker von 1989, in: Der Tagesspiegel, 14.5.1994.

Die vorrangige Aufgabe des Staates besteht in dieser Sicht darin, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes *für* die Bevölkerung möglichst schnell voranzutreiben.¹ Erst später, in Abhängigkeit von der Erreichung dieses Zieles, können Menschenrechte und Demokratie gewährleistet werden. Da nicht angegeben wird, wann und wie es hierzu kommen soll, möchten Regierungen und Eliten offensichtlich selbst Zeitpunkt, Form und Rhythmus dieses Überganges bestimmen. Legitimationsprobleme stellen sich für die Regierungen erst einmal nicht. Die politischen Führungen und die sie tragenden Eliten sind erfolgreich und zeigen immer stärker ihr politisches Selbstvertrauen. Andererseits sind sie von den unerwarteten und unerwünschten gesellschaftspolitischen Folgen der von ihnen teilweise initiierten Modernisierung überrascht und verärgert. In Zukunft kann es dann zu Problemen kommen, wenn das Wirtschaftswachstum zurückgeht und Verteilungskonflikte stärker werden.

Demokratie und Menschenrechte werden auch als unasiatisch und damit als für Politik und Gesellschaft unangemessene Modelle erklärt. Diskussionen über Beibehaltung und Pflege traditioneller Werte wie auch schädliche Fremdeinflüsse aus dem Westen sind in Ostasien nicht neu. Ob 1868 bei der Meiji-Restauration in Japan oder bei der Ausrufung der Chinesischen Republik von 1911, immer ging es unter den Gelehrten um die Frage, wieviel an Wissen aus dem Westen unbedingt übernommen werden muß, um den Fortschritt durchzusetzen, und wie gleichzeitig Traditionen so bewahrt werden können, daß es nicht zu einem Verlust der nationalen Identität kommt (Modernisieren ja, Verwestlichung nein). Dies ist ein durchgängiges Charakteristikum chinesischer Reformbestrebungen, die Ende des letzten Jahrhunderts begannen. Zhang Zhidong (1837-1909) propagierte die These "Chinas Lehren dienen als innere Substanz, die Lehren des Westens zu praktischen Zwecken."²

Demokratie im westlichen Sinne und d.h. vor allem realer Wettbewerb zwischen unterschiedlichen politisch-programmatischen Kräften wird abgelehnt. Die gegenwärtigen asiatischen Regierungssysteme seien völlig angemessen. Lee Kuan Yew hat wiederholt betont, es ginge in Südostasien und anderen Ländern des Südens nicht so sehr um Demokratie sondern um eine verantwortungsvolle Regierung, d.h. eine transparente und nicht korrupte Regierung. Bei ihm und anderen Politikern ersetzt "good government" die Frage nach der Legitimation und Kontrolle von Regierungen.

Den "westlichen Konzepten" müssen eigene, asiatische Werte entgegengesetzt werden, die aus den unterschiedlichen asiatischen Erfahrungen abgeleitet und begründet werden müssen. Eine solche "Verdichtung" ist erst ansatzweise sichtbar, wird aber auf Foren und anderen Dialogveranstaltungen in Südostasien zunehmend versucht. Bereits jetzt wird deutlich, daß neo-konfuzianische Konzepte im Mittelpunkt der asiatischen Werte stehen sollen.³ Die Betonung liegt auf den vorrangigen Rechten

¹ Die Menschenrechtserklärung der ASEAN Inter-Parliamentary Organization von 1993 ist ein charakteristisches Beispiel dafür, wie die zentrale Rolle des Staates im Entwicklungsprozeß regierungsamtlich begründet wird.

² Vgl. Kwang-Ching Liu, Nineteenth-Century China. The Disintegration of the Old Order and the Impact of the West, in: China in Crisis, Bd. 1, hrsg. von Ping-ti Ho und Tang Tsou, Chicago 1968, S. 93-178.

³ Es muß natürlich danach gefragt werden, ob der Konfuzianismus als "kompaktes" Kultursystem überhaupt noch besteht oder vielmehr instrumentalisiert wird, aber hierauf kann an dieser Stelle nicht mehr eingegangen werden. Vgl. Beng-Huat Chua, "Konfuzianisierung" in der Modernisierung Singapurs, in: Soziale Welt, Sonderheft 8, 1992, S. 248-269 und Eun-Jeung Lee, Östliche Modernisierung und westliche Theorie, in: Politik und Gesellschaft, Nr. 3, 1995, S. 243-254.

von Gemeinschaft/Staat/Nation im Vergleich zum Individuum, einer zentralen politischen Rolle des Staates in der Gesellschaft, der Familie als Basis der Gesellschaft sowie in der Forderung nach Ein- und Anpassung des Individuums an vom Staat als gesamtgesellschaftlich gültig erklärte Werte und Interessen.

Das westliche Konfliktmodell Individuum/Staat, dem die Idee eines möglichen Mißbrauchs staatlicher Macht gegenüber dem Einzelnen zugrunde liegt, wird abgelehnt. Folgerichtig fehlt in den regierungsamtlichen und -nahen Diskussionsbeiträgen oft die Problematisierung dieses Verhältnisses, da Staat und Zivilgesellschaft in der Form von "Gemeinschaft" und "Nation" einfach miteinander identifiziert werden, statt zwischen ihnen zu unterscheiden und damit die Möglichkeit zu eröffnen, daß es Interessengegensätze zwischen ihnen geben kann. Es ist allerdings noch einmal sowohl an die divergierenden Positionen innerhalb der ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaysia und Singapur auf der einen, Thailand und die Philippinen auf der anderen Seite) zu erinnern, als auch an die erheblichen Auffassungsunterschiede zwischen regierungsnahen und zivilgesellschaftlichen Stimmen.

Regierungen sind sich der Attraktivität asiatischer Werte in der eigenen Gesellschaft nicht sicher. Sie versuchen, die Gesellschaft so zu beeinflussen, daß diese für Staat und Gesellschaft auch in Zukunft als richtig angesehen werden. Medien, die "westliche" Konzepte oder Ideen vertreten, müssen kontrolliert werden. Länder wie China, Indonesien, Malaysia und Singapur fühlen sich durch die internationalen, vor allem westliche Medien, ungerecht behandelt und verunglimpft. Dies betrifft besonders die Kritik an Regierungsentscheidungen, autoritären politischen Systemen und Menschenrechtsverletzungen. Die in Kapitel 3 beschriebenen Maßnahmen zeigen, daß einige ASEAN-Regierungen und China vorläufig nicht bereit sind, eine offene Diskussion über asiatische Werte und die Angemessenheit der existierenden politischen Systeme zuzulassen oder sogar zu fördern. Solange diese Diskussion aber fast völlig auf regierungsnahe Institute und Akademiker beschränkt bleibt, wie zur Zeit, kann nicht in Anspruch genommen werden, daß in ihr authentische, repräsentative Werte vertreten werden.

Auch zeigt die Analyse, daß asiatische und westliche Werte nicht konfrontativ gegenübergestellt werden können, sondern sie vielmehr als Punkte auf einem Kontinuum aufzufassen sind. Ihr jeweiliger Platz hängt nicht nur von der wirtschaftlichen, sondern vor allem von der gesellschaftspolitischen Entwicklung ab. Diese führt gegenwärtig auch im Westen zu einer Diskussion über exzessiven Individualismus und der Notwendigkeit, zu bestimmten minima moralia für gesellschaftliches Zusammenleben zurückzukehren. Beispiele hierfür sind die Diskussion über Kommunitarismus und Defizite der westlichen Demokratie.¹

Eine solche Auffassung zeigt sich auch in einem neuen Beitrag des Staatssekretärs im singapurischen Außenministeriums, Mahbubani, in dem er für eine kulturelle Fusionierung zwischen Ost (-asien) und West eintritt. Die drei Zentren globaler Macht, Europa, Nordamerika und Ostasien sollten in einem neuen kooperativen Arrangement im 21. Jahrhundert zusammenzutreffen. Aber jeder müsse sich hierfür zu signifikanten Anpassungen bereit erklären, um auch dort anzukommen.²

¹ Vgl. Axel Honneth (Hrsg.), *Kommunitarismus*, Frankfurt/M. 1994 und Benjamin Barber, *Starke Demokratie*, Hamburg 1995.

² Kishore Mahbubani, *The Pacific Way*, in: *Foreign Affairs*, Bd. 74, Nr. 1, 1995, S. 111.

Schließlich sind Kultur und kulturelle Werte keine Monaden. Kultur als ganzes wie auch einzelne Werte verändern sich im Zeitverlauf, auch in Ostasien. Das führt zu der Frage, ob sich Vorstellungen über Staat, Gesellschaft, Opposition und wirtschaftlichen Entwicklungsweg verändern oder relativ stabil bleiben. Die Diskussion über asiatische Werte ist daher nicht nur offensiv zu verstehen, als ein Versuch, dem Westen die Überlegenheit des eigenen Gesellschaftsmodells zu demonstrieren und dieses als Vorbild für Westen und Süden zu propagieren, wie dies vor allem Lee Kuan Yew vertritt.

Sie ist auch defensiv, weil den asiatischen Eliten zunehmend die schwer kontrollierbaren gesellschaftlichen Auswirkungen schneller wirtschaftlicher Entwicklung bewußt werden. Lee Kuan Yew äußerte im Jahr 1994:

Wir alle befinden uns in der Mitte sehr schneller Veränderungen und wir bewegen uns auf ein Ziel zu, von dem wir hoffen, daß es mit unserer Vergangenheit identifizierbar ist. Wir haben unsere Vergangenheit hinter uns gelassen, und es gibt eine unterschwellige Sorge, daß nichts von uns übrig bleibt, was zum Alten gehört. ... Aber ob diese Gesellschaften ihre wichtigsten Werte bewahren können und wie dieser Übergang zu bewältigen ist, können nur sie allein lösen. ... Daher werden Sie Menschen finden, die der Idee einer Westernisierung ablehnend gegenüberstehen. Modernisiert werden, ja, in dem Sinn, daß Wissenschaft und Technologie unvermeidlich sind und Veränderungen des Lebensstils mit sich bringen.¹

Hiermit beschreibt er ein Grundproblem aller sich industrialisierenden und industrialisierten Länder: Diese müssen heute ohne Rückgriffsmöglichkeiten auf Religionen und ihre Vorschriften über gute Gesellschaft und Staat ihren eigenen Weg zu Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und zur Entwicklung gesellschaftlicher Werte finden. Sie können dies nur, wenn es für zivilgesellschaftliche Kräfte möglich ist, frei von Zwang über alternative Modelle zu diskutieren und in der Gesellschaft um Unterstützung für das "richtige" Modell zu konkurrieren.² In diesem Sinn kann die Kontroverse über asiatische Werte zur Chance für eine offene Diskussion des zukünftigen Entwicklungsweges in Asien werden.

¹ Zakaria, a.a.O., S. 118.

² Zu Singapur erkennt dieses Problem Melanie Chew, Human Rights in Singapore. Perceptions and Problems, in: Asian Survey, Bd. 34, Nr. 11, 1994, S. 933-948: "Für Singapur wäre es an diesem Punkt seiner Geschichte und Entwicklung an der Zeit, sich Gedanken über eine neue Menschenrechtskonzeption zu machen. ... Die Führung ... sollte sich ein Konzept von Ordnung, Gesellschaft und individueller Freiheit überlegen und neu schaffen. ... Eine starke Nation kann nicht aus schwachen Individuen gemacht werden, die durch Gesetz und Angst zusammengehalten werden. Eine starke Nation muß aus Individuen bestehen, die frei sind und sich frei dazu entscheiden, ihre Energien für die gemeinsame Sache einzusetzen." (Ebda., S. 948), Sie verweist auf eine Umfrage, nach der sich 1990 43,8% der Befragten als "politisch entfremdet" bezeichneten (S. 946).

Wolfgang S. Heinz

**Is there an Asian Development Model?
On the discussion about "Asian values"**

Bericht des BIOst Nr. 55/1995

Summary

Introductory Remarks

The present report deals with the question as to an Asian model for development and the propagation of Asian values. Since 1989, the governments of China, Indonesia, Malaysia and Singapore have, much to their surprise, been coming under growing pressure from sections of their own population and from the West to democratize. With reference to their distinct cultural traditions, these governments reject human rights and democracy for the most part as allegedly Western concepts and in their place propagate Asian values more in keeping with local cultures.

For its sources the report uses statements by governments, politicians, non-governmental organisations (NGOs), interviews, some declarations of programme, reports on conferences, and research literature.

Findings

- 1. Up to now there is no universally valid Asian model for development which is able to explain the economic development of all countries of South-East and Eastern Asia. But there are basic economic-policy elements of an Asian development model which are to be observed in all successful countries of the region, albeit in different combinations and at different times. These include a strong governmental rôle in the economy, a consensus between the economic actors, government and society on the development model, emphasis on exports and the orientation of the economy towards the global market.*
2. Historically, some governments of Eastern and South-East Asia have followed the Western model of economic but not political modernization. Some ASEAN countries and China reject(ed) Western-style political modernization, understood in this context as the creation of a pluralist society with real competition between parties. With reference to social malaises such as drug abuse, crime and violence especially in the USA, they insist on a strong state whose duty it is to create the conditions necessary for further economic and social development.
3. Political and economic stability must in their view be assured by placing restrictions on human rights and democracy. They justify the supremacy of the state by the need to give absolute priority to economic development over other potential objectives such as social justice, political participation or de-centralized self-administration. In the case of China, the government also cites the danger of political instability among its reasons for rejecting all criticism and interference

from abroad.

4. The reason why these governments reject Western concepts of development is not primarily the alleged lack of universality on the part of the human rights that have been codified in numerous UN documents but rather the development models that the elites have chosen themselves. Although conceptions on development and political order are influenced to some extent by cultural values, it is above all the needs of economic development that are cited as making restrictions on human rights and democracy necessary as sacrifices to be endured for a transitional period. But since no indication is given of when and how the transition to more democracy is to come about, the governments and the elites are obviously reserving for themselves the right to decide on the time, form and rhythm of that transition.
5. These approaches are not causing the governments any legitimation problems. In the light of the strong economic growth in most of the countries concerned, this is not to be expected anyway. Lack of legitimation could become a problem in the future, however, if growth slows down or distribution conflicts escalate.
6. The concepts of democracy and human rights are declared to be un-Asian with regard to politics and society. The present systems of government are, it is claimed, fully adequate. Especially Lee Kuan Yew, state minister in Singapore, has repeatedly stressed that what is important in South-East Asia is not so much democracy but rather a responsible, that is to say a "transparent" and non-corrupt government. For him and other politicians, "good government" makes the question as to the legitimation and control of governments superfluous.
7. Asian values and their instrumentalization can be appreciated as initial advantages for economic development, but they can also be expected to play an important rôle in the continuation of contemporary economic policies. It is becoming more and more evident that the new Asian values should centre around neo-Confucian concepts. Since the Asian values are based on a rejection of the Western model of a conflict between the state and the individual, contributions to the Asian debate on values often fail to address the relationship between the state and (civic) society.
8. The debate about Asian values has also taken on a defensive character because the elites are increasingly becoming aware of how difficult it is to control the social repercussions of rapid economic development. It highlights the basic problem faced by all industrializing and industrialized nations that are having to find their own way to democracy, economic development and the evolution of social values without being able to take recourse to religions or other prescriptions as to what constitutes a "good" society and state. They will be able to find this path only if the forces of civic society in South-East Asia are allowed, without compulsion, to discuss alternative models and to compete within society for support for what they consider to be the "right" model. Seen in this light, the controversy over Asian values may offer the opportunity for an open discussion on the future course of development in Asia.

